

Gemeinsam Flüchtlingen helfen

Eine Aufgabe für drei: die Flüchtlingsarbeit. Unter dem Dach des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung setzen sich Brot für die Welt, die Diakonie Katastrophenhilfe und die Diakonie für Flüchtlinge und Migranten ein.



Vor gewaltsamen Konflikten fliehen immer mehr Menschen aus ihren Heimatländern.

In ihrer gemeinsamen Arbeit setzen Diakonie, Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe unterschiedliche Schwerpunkte und ergänzen sich. Dabei können sie weltweit auf über Jahre gewachsene Strukturen in Kirche und Diakonie in der Flüchtlingsarbeit zurückgreifen. Eine Arbeitsgruppe im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung soll das Engagement für Flüchtlinge angesichts der Herausforderungen noch stärker vernetzen und koordinieren. Dabei geht es um die Menschen, die ihre Heimat aufgrund von unerträglicher Not, Gewalt, Verfolgung oder Diskriminierung verlassen müssen.

Gegenwärtig sind so viele Menschen auf der Flucht wie noch nie. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR waren 2015 weltweit 65,3 Millionen Menschen auf der Flucht, die Hälfte davon Kinder. Das ist die höchste Zahl, die jemals verzeichnet wurde. Ein Jahr davor waren es knapp 60 Millionen. Knapp 41 Millionen Menschen allein sind Vertriebene im eigenen Land.

Brot für die Welt setzt sich über Partnerorganisationen vor Ort für die Bekämpfung von Hunger, Armut und Ungerechtigkeit ein. Außerdem enga-

giert sich das evangelische Entwicklungswerk für Migrations- und Flüchtlingspolitik, die an den Menschenrechten ausgerichtet ist, fördert Beratung in Rechtsfragen und macht Bildungsarbeit.

Die Diakonie Katastrophenhilfe hilft Flüchtlingen vor Ort sowie in Transitländern. Gegenwärtig ist die Diakonie Katastrophenhilfe in 22 Ländern im Einsatz für Menschen auf der Flucht. Sie leistet etwa Nothilfe für Flüchtlinge und Vertriebene im Nordirak, in der Türkei, im Libanon, in Jordanien und in Syrien sowie in Griechenland und Serbien. Vielfach arbeiten die Schwesterorganisationen Diakonie Katastrophenhilfe und Brot für die Welt Hand in Hand, zum Beispiel in Serbien. Ebenso kooperieren sie mit Partnern im Rahmen des internationalen kirchlichen Hilfsnetzwerkes ACT Alliance.

Die Diakonie Deutschland leistet Hilfe für Flüchtlinge in Deutschland. Der Schwerpunkt liegt derzeit in der unabhängigen Asylverfahrens- und Sozialberatung sowohl in den Erstaufnahmeeinrichtungen als auch in den Kommunen, in der psychosozialen Betreuung, in der Gemeinwesen- und Projektarbeit der Migrationsfach-

dienste und der Koordination des freiwilligen Engagements. In der politischen Arbeit setzt sich die Diakonie für einen legalen Zugang Schutzsuchender in die EU, für die freie Wahl des Zufluchtslandes und bessere Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland und der EU ein.

Brot für die Welt

Migration und Entwicklung ist ein zentrales Arbeitsfeld des evangelischen Entwicklungswerks. Migration ist eine wichtige Dimension menschlicher Entwicklung. Dafür sind politische Rahmenbedingungen zum Schutz der Menschen nötig. Immer häufiger zwingen aber zunehmende Armut, strukturelle Ungleichheit, Gewalt, Folgen des Klimawandels, Krieg und Bürgerkrieg Menschen dazu, ihr Lebensumfeld zu verlassen.

Viele Ursachen für Flucht und armutsbedingte Migration sind in scheiternden nationalen Entwicklungsstrategien, zerfallenden Staaten oder fortgesetzten Verletzungen der Menschenrechte begründet. Ziel von Brot für die Welt ist es nicht, Migration zu verhindern. Mobilität soll vielmehr als normale Tatsache anerkannt werden. Aber die Entscheidung zu migrieren sollte nicht auf-



Rund 2.000 Menschen leben in Diavata, einem offiziellen Flüchtlingslager der griechischen Regierung in Thessaloniki. Es wird vom Militär verwaltet.

Flüchtlingsarbeit

Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung

Marken

Brot
für die Welt

Diakonie 
Katastrophenhilfe

Diakonie 
Deutschland

Ziele

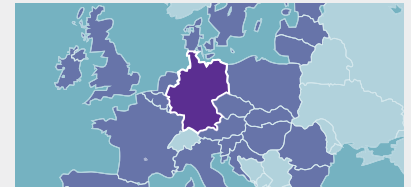
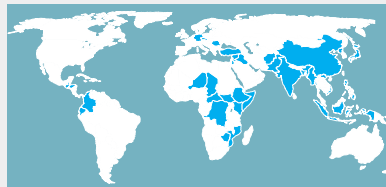
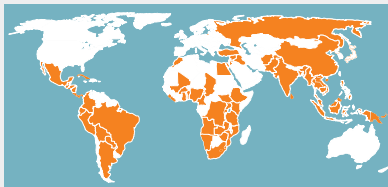
Brot für die Welt setzt sich dafür ein, dass jeder Mensch sein Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen kann, genauso wie seine selbstbestimmte Entscheidung darüber, in seinem Heimatland bleiben zu können und nicht vor Menschenrechtsverletzungen, Krieg und Gewalt oder anderen Gründen fliehen zu müssen.

Wir tragen dazu bei, dass sich die Rechtssituation und die Lebensbedingungen von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten in Transit- und Zielländern verbessern, u. a. auch durch die Stärkung der Arbeit von Kirche und Diakonie in diesen Handlungsfeldern (Kirchen helfen Kirchen).

Die Diakonie Katastrophenhilfe leistet weltweit dort Hilfe, wo die Not am größten ist. Gegenwärtig ist sie in rund 20 Ländern im Einsatz für Menschen auf der Flucht. Sie unterstützt Menschen, die ihre Notlage nicht aus eigener Kraft bewältigen können. Sie hilft unabhängig von Religion, Hautfarbe und Nationalität.

Die Diakonie Deutschland setzt sich dafür ein, dass Schutzsuchende die Möglichkeit auf legale Einreise aus Transitstaaten in die EU haben, beispielsweise durch ein europäisches Resettlementprogramm, visumsfreie Einreise aus Kriegsgebieten und humanitäre Visa. Der Wunsch der Schutzsuchenden, das zukünftige Aufnahmeland zu wählen, soll berücksichtigt werden. Außerdem tritt die Diakonie Deutschland für die Verbesserung der Rechtsstellung und Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden in Deutschland ein. Trotz hoher Zugangszahlen müssen nach ihrer Ansicht gute Aufnahmestandards in Kommunen und Ländern sichergestellt sein.

Länder



Tätigkeitsfelder

- Bekämpfung von Hunger, Armut und Ungerechtigkeit gemeinsam mit Partnerorganisationen weltweit
- Einsatz für Rechtsstaatlichkeit und für einen menschenrechtsbasierten Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit
- weltweite Rechtsberatung von Menschenrechtsverteidigenden mit Partnerorganisationen vor Ort
- nationale und internationale Lobby- und Advocacyarbeit für menschenwürdige Migrations- und Flüchtlingspolitik
- entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Deutschland

- gemeinsam mit Partnerorganisationen humanitäre Hilfe für Binnenvertriebene und Flüchtlinge: Versorgung mit Wasser, Nahrung, Hygieneartikeln und Medikamenten sowie psychosoziale Unterstützung und Schaffung von Arbeit
- Perspektiven für stabile Lebensverhältnisse sowohl für Flüchtlinge als auch für die lokale Bevölkerung

- Hilfe für Flüchtlinge in Deutschland: Asylverfahrensberatung, Sozialberatung und psychosoziale Betreuung, Gemeinschaftsunterbringung und Vermittlung in dezentralen Wohnraum und in Deutschkurse, Willkommensbündnisse und Kirchenasyle
- Migrationsfachberatung für Flüchtlinge mit festen Aufenthaltsstatus zu Wohnsituation, Familienzusammenführung, Zugang zu Arbeitsmarkt und Teilhabe
- Lobbyarbeit für legale Fluchtwege, bessere Lebensbedingungen und Schutz für Flüchtlinge in Deutschland und mit Netzwerkorganisationen auf europäischer Ebene



Weil der Klimawandel den Meeresspiegel steigen lässt und Stürme und Überflutungen zunehmen, verlassen diese Menschen in Bangladesch ihr Heimatland und suchen Zuflucht in der Hauptstadt Dhaka.

grund fehlender Lebensalternativen gefällt werden müssen.

Deshalb setzt sich Brot für die Welt mit seinen Partnerorganisationen für zwei Ziele ein: Einerseits dafür, Menschen ein selbstbestimmtes Bleiben in ihren Herkunftsregionen zu ermöglichen. Friedenspädagogische Projekte wie im Ostkongo sind dazu ein wichtiger Beitrag. Andererseits trägt Brot für die Welt dazu bei, den Schutz sowie die rechtliche und praktische Situation von Migrantinnen und Migranten in den Transit- und Zielländern zu verbessern.

Die Allgemeine Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen spricht jedem Menschen das Recht auf Freizügigkeit zu. Artikel 13 hält fest: „Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren.“ Auch Entwicklung wird weltweit als legitimes Ziel angesehen, während die Nutzung von Entwicklungschancen durch Migration häufig kriminalisiert wird.

Die Chancen, legal in die EU einzureisen, sind für Migranten und Flüchtlinge kaum mehr existent. Die Einschränkung legaler Migrationswege drängt Migrationswillige in die Illegalität und macht sie noch leichter zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen. Insbesondere Frauen und Kinder sind von gewaltsamen Übergriffen und Ausbeutung betroffen.

Die Auseinandersetzung mit der Migrations- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, aber auch der EU ist deshalb ein wesentlicher Teil der Arbeit, auch in enger Zusammenarbeit mit der Diakonie Deutschland. Brot für die Welt hält es für wichtig, die Vielzahl der kirchlichen und diakonischen Akteure im Migrations- und Entwicklungsbereich miteinander zu vernetzen und mit der Diakonie Deutschland und der Diakonie Katastrophenhilfe gemeinsame Standpunkte zur Flüchtlings- und Asylpolitik, Lobby- und Advocacyarbeit, Rechtsfragen sowie Flüchtlingsarbeit zu entwickeln.

Brot für die Welt unterstützt über sein zwischenkirchliches Hilfsprogramm Kirchen helfen Kirchen die kirchliche Arbeit zur Integration von

Flüchtlingen in Europa, zum Beispiel in Italien. Das Flüchtlingsstipendienprogramm des Evangelischen Kirchenbunds Italien ist einzigartig. Denn Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten erhalten von staatlicher Seite in Italien keine Unterstützung. Neben Spracherwerb und Beratungsangeboten haben Flüchtlinge im Rahmens des Programms die Möglichkeit, sich über berufliche Fortbildungsprogramme und im Rahmen von Universitätsstipendien besser für den italienischen Arbeitsmarkt zu qualifizieren. So werden sie ökonomisch gestärkt, in die italienische Gesellschaft integriert und ihr soziales Ansehen steigt. Die Unterstützung des Flüchtlingsdienstes des Dachverbandes evangelischer Kirchen in Italien durch Kirchen helfen Kirchen ist ein wichtiges Zeichen der Solidarität der deutschen Kirchen mit Minderheitenkirchen, die sich für Flüchtlinge einsetzen - insbesondere, da es kein italienisches Problem, sondern eine gesamteuropäische Herausforderung ist, was an den EU-Außengrenzen geschieht.

www.brot-fuer-die-welt.de

Diakonie Katastrophenhilfe

Die Diakonie Katastrophenhilfe versorgt weltweit Menschen auf der Flucht mit lebenswichtigen Hilfsgütern und steht ihnen beim Aufbau einer neuen Existenz bei. Dazu zählen auch von der Öffentlichkeit „vergessene Konflikte“, aufgrund derer wie in Kolumbien oder Pakistan Millionen Menschen im Land vertrieben sind oder im Ausland Schutz suchen müssen. Der größte humanitäre Einsatz findet aktuell in Syrien und seinen Nachbarländern Jordanien, Türkei, Libanon und Irak statt.

Der Ausbruch des Krieges in Syrien und der gewaltsame Vormarsch der terroristischen Miliz Islamischer Staat in den Irak haben die Situation der Bevölkerung in der Region immer weiter verschlechtert. Etwa 15 Millionen Menschen mussten in den letzten fünf Jahren die Flucht ergreifen und leben unter enorm schwierigen und teilweise bedrohlichen Verhältnissen.

Im Frühjahr 2012, wenige Monate nach Beginn des Krieges in Syrien, startete die Diakonie



In Jordanien versorgt die Diakonie Katastrophenhilfe Flüchtlinge aus Syrien mit lebensnotwendigen Gütern.

Katastrophenhilfe ihr Hilfsprogramm für die Menschen, die aufgrund der schweren Kämpfe in Syrien vertrieben wurden oder in den Nachbarstaaten Jordanien, Libanon, Türkei und Irak Schutz suchen. Laut UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) leben etwa 85 Prozent der Flüchtlinge in den Staaten um Syrien außerhalb der offiziellen Camps. Viele Familien haben ihre Reserven aufgebraucht. Viele Flüchtlinge wurden Zeugen von Gewalt und sind stark traumatisiert. Sie kommen in Zelten, nicht fertig gebauten Häusern, Garagen oder auch in Mietwohnungen unter. Diese Menschen mit lebensnotwendigen Hilfsmitteln zu erreichen, ist eine besondere Herausforderung für die lokalen Helferinnen und Helfer.

Nicht nur die geflohene Bevölkerung leidet. Über die Jahre hat auch die Bevölkerung der aufnehmenden Gastländer die Auswirkungen der dauerhaften Krise zu spüren bekommen. Die staatlichen Dienstleistungen sind überfordert, der Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt stark umkämpft. Zunehmend greift der Konflikt auch

auf die Nachbarländer über. Ein Ende der dramatischen Situation ist vorerst nicht absehbar.

Die Diakonie Katastrophenhilfe setzt aus diesem Grund mit ihren lokalen Partnern Projekte um, die der betroffenen Bevölkerung eine würdevolle Unterstützung in der akuten Notlage verschaffen und sowohl für Flüchtlinge als auch für die lokale Bevölkerung Perspektiven für stabile Lebensverhältnisse schaffen und neue Entwicklungschancen eröffnen. Das Hilfsprogramm erreichte bisher mehr als 600.000 Menschen - vor allem Flüchtlingsfamilien, die außerhalb der offiziellen Camps wohnen und Gemeinden, die die Vertriebenen aufnehmen.

Für die Umsetzung der Projekte erhielt die Diakonie Katastrophenhilfe Zuwendungen des Auswärtigen Amtes in Höhe von 25 Millionen Euro. Das Hilfswerk stellte fünf Millionen eigene Mittel zur Verfügung.

Fließen die Menschen nach Europa, müssen sie dies unter lebensbedrohlichen Umständen auf



Zehntausende Menschen flohen in den letzten Jahren vor Dürre und Krieg nach Dadaab, das größte Flüchtlingslager der Welt in Kenia.



Verfahrensberatung für Asylsuchende des Ev. Dekanats in der hessischen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge

dem Land- und Seeweg tun, meist in Richtung Griechenland, Serbien und in nördliche EU-Staaten. Die Flüchtlinge benötigen auf diesem Weg vor allem Wasser, sanitäre und medizinische Versorgung. Die Diakonie Katastrophenhilfe und ihre Partner versorgen sie mit dem Nötigsten.

www.diakonie-katastrophenhilfe.de

Diakonie Deutschland

Die Diakonie Deutschland verfügt mit ihren Organisationen und Einrichtungen über einen jahrelang gewachsenen Erfahrungsschatz in der Flüchtlingsarbeit.

Die Flüchtlingshilfe der Diakonie besteht in erster Linie aus Beratungsangeboten: Die Diakonie hat bundesweit mehr als 180 Angebote für Asylsuchende und Menschen, die nur geduldet sind. Dabei handelt es sich insbesondere um unabhängige Asylverfahrens- und Sozialberatung, psychosoziale Beratung und Psychotherapie sowie die Flüchtlingssozialarbeit in Kommunen. Die Diakonie trägt mehr als die Hälfte der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge aller Verbände bun-

desweit. Daneben gibt es weitere Angebote wie das Clearingverfahren für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Einrichtungen zur Unterbringung von Asylsuchenden und Wohnungsvermittlungsstellen sowie die Gemeinwesen- und Projektarbeit der Migrationsfachdienste. Zusätzlich koordiniert die Diakonie mit rund 5.000 hauptamtlichen Mitarbeitenden die Vielzahl der geschätzt 120.000 freiwillig Engagierten.

Außerdem ist die Diakonie gemeinsam mit dem UNHCR, der Caritas und dem DRK Trägerin der Rechtsberaterkonferenz, einem Zusammenschluss von 62 Rechtsanwältinnen und -anwälten. Sie beraten wohlfahrtsverbandliche und kirchliche Mitarbeitende in Asylangelegenheiten. Darüber hinaus trägt die Diakonie mehr als 400 Migrationsfachdienste für Menschen mit gesichertem Aufenthaltsstatus. Anerkannte Flüchtlinge suchen Rat in der Migrationsberatung für Erwachsene und in Jugendmigrationsdiensten. Zur Qualitätssicherung der Arbeit wurde 2014 das „Bundesrahmenhandbuch Diakonie-Siegel Migrationsfachdienste“ herausgegeben. In den vergangenen Monaten wurden weitere kirchliche Mittel in Millionenhöhe



Mit viel Engagement üben Freiwillige wie hier in bei der Ökumenischen Flüchtlingshilfe in Bad Soden mit Flüchtlingen Deutsch.

bereitgestellt, mit denen zusätzliche Stellen in der Flüchtlingsarbeit geschaffen werden konnten.

In ihrer politischen Arbeit setzt sich die Diakonie für einen legalen Zugang Schutzsuchender in die EU, die Berücksichtigung des Wunschs der Flüchtlinge bei der Wahl des Zufluchtsortes sowie die Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen ein, insbesondere in Bezug auf die gesellschaftliche Teilhabe, die Wohnsituation, die gesundheitliche Versorgung und den Bildungs- und Arbeitsmarktzugang. Sie fordert eine qualifizierte Beratung und Begleitung. Die Diakonie Deutschland spricht sich gegen

Asylrechtsverschärfungen besonders bei den Sozialleistungen als Instrument der Migrationspolitik aus.

Die politische Lobbyarbeit findet sowohl auf bundes- als auch europäischer Ebene statt. Die Diakonie ist Mitglied bei der Kirchlichen Kommission für Migranten CCME und dem Europäischen Flüchtlingsrat ECRE. Beispiele aus der Flüchtlingsarbeit der Diakonie Deutschland sind zu finden unter

www.diakonie.de/best-practice-wie-die-diakonie-fluechtlingen-hilft-16432.html

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Flüchtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Flüchtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Jörg Böthling (S. 4), Paul Jeffrey (S. 6), Thomas Lohnes (S. 2), Christoph Püschner (S. 1, 5), Bernd Roselieb (S. 7), Andreas Unger (S. 8) **Redaktion** Anne Dreyer, Rainer Lang, Maike Lukow, Sebastian Ludwig, Katharina Stamm, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Thomas Sandner, Andreas Wagner
Berlin, Juli 2016

Europa in der Aufnahmekrise: Nicht Grenzen, sondern Menschen schützen



Zwischenstopp: Diese Flüchtlinge sind gerade in Chios, Griechenland, angekommen und schlafen am Strand.

Immer mehr Menschen fliehen vor unterschiedlichen Gefahren aus ihrer Heimat, gegenwärtig besonders vor den Schrecken kriegsrischer Gewalt in Syrien und Irak. Schutz und Versorgung der Flüchtlinge sind in den Kriegsgebieten teilweise gar nicht möglich, politische Lösungen sind kaum in Sicht. Die Aufnahmeländer in der Nachbarschaft haben nicht mehr die Ressourcen, die Flüchtlinge in der Nähe zu halten. Die UN-Hilfswerke erhalten keine ausreichende Finanzierung, um die Flüchtlinge in den Nachbarländern angemessen zu versorgen.

Europa, das zwar durchaus auch Flüchtlinge aufgenommen, vor allem aber auf Abwehr gesetzt und die Lage der Flüchtlinge in der Region zu lange ignoriert hat, trifft diese Entwicklung unvorbereitet - Resultat ist eine Aufnahmekrise. Die Organisation von Flüchtlingsschutz auf europäischer Ebene stellt eine große Herausforderung

dar, die jedoch nicht dazu führen darf, dass die Genfer Flüchtlingskonvention und das Recht auf Asyl, das jedem Menschen zusteht, untergraben werden. So formulierte das Bundesverfassungsgericht: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“

Langfristig muss die europäische Flüchtlingspolitik so gestaltet werden, dass ein System entsteht, in dem die Mitgliedstaaten der EU je nach Leistungsfähigkeit Verantwortung übernehmen. Ziel muss sein, dass alle EU-Mitgliedstaaten die europäischen Asylrechtsstandards anwenden, zu denen sie sich verpflichtet haben. EU-Länder, die derzeit noch nicht in der Lage sind, die Asylrechtsstandards umzusetzen, brauchen Unterstützung.

Folgende Maßnahmen sollte die europäische Staatengemeinschaft ergreifen, um in der gegenwärtigen Aufnahmekrise eine menschenrechtlich adäquate

Lösung und souveränes politisches Handeln zu ermöglichen:

1. Legale Einreisemöglichkeiten und Resettlement stärken

Europas Grenzschutzpolitik nimmt fortgesetzt in Kauf, dass jährlich tausende Menschen an den EU-Außengrenzen sterben. Seit dem Jahr 2000 sind mehr als 33.000 Menschen auf dem Weg über das Mittelmeer nach Europa umgekommen, von Januar bis Anfang Juni 2016 allein mindestens 2.809 Menschen. Damit ist die europäische Außengrenze die tödlichste Grenze der Welt. Das ist ethisch und politisch nicht zu akzeptieren.

Nur die Einrichtung legaler Fluchtwege, zum Beispiel durch humanitäre Visa zur Asylbeantragung, Resettlement- oder humanitäre Aufnahmeprogramme können dieses Sterben beenden. Hermetische Abriegelungen der See-, Luft- und Landgrenzen sind nicht möglich. Die restriktive EU-Visapolitik treibt deshalb schutzsuchende Menschen alternativlos in die Hände von Schleusern. Jeder Zaun und jede sonstige Migrationskontrolle in und um Europa treibt lediglich die Preise der Fluchthelfer in die Höhe. Solange die Regierungen der Europäischen Union keine legalen Fluchtmöglichkeiten schaffen, werden die Bilder und Berichte über das Massengrab Mittelmeer nicht enden. Mindestens für die Fliehenden aus akuten Kriegsgebieten wie Syrien und Irak müssen Möglichkeiten für eine sofortige, visumfreie EU-Einreise, verbunden mit der Möglichkeit, Asyl zu beantragen, geschaffen werden.

Neuansiedlungs-(Resettlement-)Programme könnten weit über das bestehende Maß hinaus ausgebaut und zu einem verpflichtenden Bestandteil des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems werden. An der geringen Aufnahmebereitschaft vieler EU-Mitgliedstaaten zu arbeiten, ist angesichts der humanitären Notlage der Flüchtlinge eine vorrangige Aufgabe der EU.

2. Statt Smart Borders die zivile Seenotrettung stärken

Die Europäische Union braucht dringend ein funktionierendes Seenotrettungssystem. Alle Mög-

lichkeiten müssen genutzt werden, um Menschenleben zu retten. Die Grenzschutzbehörde Frontex und das hunderte Millionen Euro schwere Überwachungssystem Eurosur haben das Mandat, Grenzen zu sichern, nicht aber Menschen zu retten. Militärische Missionen gegen Schlepperbanden auf See oder an Land gefährden Flüchtlinge zusätzlich und treiben die Preise der Fluchtwege noch weiter in die Höhe. Solange es an legalen Fluchtmöglichkeiten fehlt, braucht es eine umfassende zivile Seenotrettung.

3. Statt „Hotspots“: Registrierungs- und Beratungsmöglichkeiten

Flüchtlingsaufnahmelager an der europäischen Außengrenze, sogenannte Hotspots, von denen es derzeit fünf in Italien und sechs in Griechenland gibt, sollten eigentlich dazu dienen, die Ankommenden zeitnah zu identifizieren, zu registrieren, ihre Fingerabdrücke abzunehmen und gegebenenfalls an der Weiterreise zu hindern. Das Hotspot-Konzept sollte dazu beitragen, die temporären Umverteilungsmechanismen umzusetzen, die die EU-Kommission vorgeschlagen hatte: 160.000 Menschen, die Anspruch auf internationalen Schutz hätten, könnten, so die Pläne der EU-Kommission, von den betroffenen Mitgliedsstaaten an andere EU-Mitgliedsstaaten umverteilt werden, wo ihr Asylantrag bearbeitet wird. Umgesetzt wurde dieses Vorhaben bislang nicht. Tatsächlich wirken Hotspots wie Haftlager, in denen Geflüchtete unter katastrophalen Bedingungen unbestimmte Zeit ausharren müssen. In Griechenland sind die Hotspots unhygienisch, stark überfüllt und bieten Frauen, Kindern und anderen besonders verletzlichen Gruppen keinen ausreichenden Schutz.

Für die Unterbringung von Schutzsuchenden müssen die humanitären Standards eingehalten und ein Mindestmaß an Schutz und Transparenz für die Betroffenen gewährleistet werden. Die notwendigen personellen Kapazitäten, um die asylrechtlichen und humanitären Standards effektiv zu garantieren, müssen zeitnah massiv aufgestockt werden. Flüchtlinge müssen realistische Informationen über die Zielländer und eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung für die EU für die legale Weiterreise erhalten.

Die EU muss dringend das vereinbarte Relocationprogramm umsetzen und weitere Angebote vorhalten, die die Aufnahmekapazitäten der Mitgliedsstaaten berücksichtigen. Es braucht dringend Regelungen über zügige und praktikable Verfahren für humanitäre Härtefälle und Familienzusammenführungen nach der Dublin III-Verordnung. Verfahren, die sich über Jahre hinziehen, sind nicht hinnehmbar. Pragmatische Kontingentlösungen, beispielsweise aus Griechenland, unter Priorisierung von Familienbindungen und besonderer Schutzbedürftigkeit sind sinnvoll.

4. Auslagerung von Schutzverantwortung beenden

Durch Migrationsabkommen wie dem im März 2016 in Kraft getretenen Deal zwischen der Europäischen Union und der Türkei versucht die EU, sich ihrer Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen zu entziehen. Sie schottet sich ab und überlässt es gegen das Versprechen großzügiger Finanzhilfen Drittstaaten, Schutzsuchende aufzunehmen – ob der rechtliche und faktische Schutz für die Menschen dort gewährleistet und ihre Interessen gewahrt werden, spielt eine nachrangige Rolle und wird nicht nachverfolgt. Das individuelle Recht auf Asyl und der Grundkonsens für Flüchtlingsschutz in der EU insgesamt wird ausgehöhlt, wenn Staaten pauschal als sichere Drittstaaten deklariert werden und wenn zudem Schutzsuchenden qua Herkunftsland die Schutzberechtigung abgesprochen wird. Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei beispielsweise bezieht sich nur auf die Aufnahme syrischer Flüchtlinge. Menschen aus Afghanistan, Irak oder Iran erhalten keine Chance, von der Türkei aus in die EU umgesiedelt zu werden. Daher bestehen große Zweifel an der Vereinbarkeit des Abkommens mit der internationalen Schutzverantwortung beziehungsweise dem Völkerrecht.

Das Abkommen dient als Blaupause: Pakte mit weiteren Staaten wie dem Failed State Libyen, Niger, Eritrea, Mali oder sogar Sudan werden von der EU geplant.

Die zunehmende Verlagerung von Grenzschutz und Flüchtlingsabwehr in EU-Anrainerstaaten hat fatale Folgen: In den Transitländern, zum Bei-

spiel in den Staaten Nordafrikas, fehlt es an rechtsstaatlichen Mindeststandards. Vor Misshandlungen und Willkür durch die dortigen Polizei- und Sicherheitsbehörden sind Schutzsuchende bereits jetzt nicht sicher. Die EU kann ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht gegen umstrittene Finanzhilfen und Einreiseerleichterungen an Staaten ohne Rechtsstaatlichkeit und ohne ausreichende Ressourcen zum vertragskonformen Umgang mit Flüchtlingen delegieren. Für den ausgelagerten Grenzschutz als Druckmittel oder als Belohnung eingesetzte Entwicklungshilfe verfehlt deren Aufgabe und verzerrt ihre Prioritäten.

5. Erstaufnahmestaaten unterstützen

Die Nachbarstaaten Syriens Türkei, Libanon und Jordanien nehmen seit Jahren Millionen Flüchtlinge auf – noch mehr können sie nicht aufnehmen. Und die dort schon angesiedelten Flüchtlinge, die vermutlich noch Jahre bleiben werden, benötigen neben der weiterhin erforderlichen Unterstützung zum Lebensunterhalt auch längerfristige Unterstützung bei der Integration in das wirtschaftliche Leben und die sozialen Dienste. Diese Unterstützung muss auch die Menschen der Aufnahmegesellschaften miteinbeziehen. Die internationale Gebergemeinschaft unterstützt die Erstaufnahmeländer aber nicht ausreichend dabei.

6. Durchreisestaaten unterstützen

Die meisten Flüchtlinge können und wollen nicht in den südeuropäischen, nord- und ostafrikanischen Staaten oder den Balkanländern Aufnahme finden. Sie müssen sie aber passieren und benötigen dabei den ihnen nach internationalen Standards und Völkerrecht zustehenden Schutz und Unterstützung. Dazu sind einige Länder nicht bereit, andere wirtschaftlich nicht in der Lage. Sie müssen solidarisch besonders von den EU-Ländern finanziell unterstützt werden, die selbst nicht von dieser Herausforderung betroffen sind. Diese Hilfe soll (nur) den Ländern zuteil werden, die die humanitären Standards wahren und Würde und Rechte der Flüchtlinge achten.

7. Auch die Interessen der Flüchtlinge bei der Wahl des EU-Ziellandes beachten

Das gegenwärtige Dublin-System ist gescheitert und de facto außer Kraft gesetzt. Es sieht vor, dass das Erstaufnahmeland in der EU für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Anders formuliert: Der EU-Staat, der die illegale Einreise von Asylsuchenden über die Außengrenze nicht verhindert hat, muss die Flüchtlinge registrieren und ist für sie verantwortlich. Dies wird jedoch de facto weder von den EU-Staaten an der Außengrenze, insbesondere Griechenland und Italien, noch von den Flüchtlingen akzeptiert. Jedes Verteilungskonzept, das die Interessen der Flüchtlinge, in einem bestimmten EU-Land Asyl zu beantragen, gänzlich außer Acht lässt, läuft in einem Raum freier Binnengrenzen Gefahr zu scheitern. Zur Wahl des Asyllands ist jeder Schutzsuchende zu beraten und zu befragen, damit zum Beispiel familiäre Bindungen, kulturelle Nähe und Sprachkenntnisse im Rahmen der Möglichkeiten berücksichtigt werden können. Das Relocationprogramm der EU, 160.000 Flüchtlinge nach ihrer Ankunft auf Mitgliedstaaten nach einer gerechten Quote zu verteilen, ist ein sehr guter erster Schritt zur gerechten Verteilung der Verantwortung innerhalb der EU, könnte aber irreguläre Binnenwanderung zur Folge haben, wenn die Interessen der Asylsuchenden gar nicht mit berücksichtigt werden. Das Pro-

gramm ist zudem noch nicht umgesetzt: Deutschland ist nach dem EU-Ratsbeschluss von September 2015 verpflichtet, insgesamt 27.479 Asylsuchende aus Griechenland und Italien aufzunehmen. Aktuelle Zahlen zeigen, dass dieser Verpflichtung nicht nachgekommen wird: Von geforderten 17.207 Plätzen wurden bisher nur in 37 Fällen die Ausreise aus Griechenland nach Deutschland ermöglicht, und nur für 20 Menschen aus Italien - von geforderten 10.327 Plätzen (Stand Mai 2016). Es darf bezweifelt werden, dass dies in anderen Ländern besser aussieht.

8. Flucht- und Konfliktursachen entgegenwirken

Viele Flucht- und Konfliktursachen sind unter anderem auch die Folge politischer Entscheidungen in Deutschland und der Europäischen Union. Unsere unfaire und rücksichtslose Rohstoff-, Rüstungs-, Klima- und Handelspolitik geht nicht selten auf die Kosten von Menschen und Umwelt anderswo. „Fluchtursachen bekämpfen“ bedeutet daher auch die notwendige Neuausrichtung deutscher und europäischer Außenwirtschaftspolitik und Außenpolitik und zum Beispiel einen Vorrang der Friedenspolitik und der Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung sowie eine wesentlich aktivere Menschenrechtspolitik. Nur so werden langfristig Unrecht und Gewalt auch als Fluchtursache abnehmen.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Foto Thomas Lohnes **Autoren** Ansgar Gilster, Katharina Stamm, Sophia Wirsching **Redaktion** Maike Lukow

V.i.S.d.P. Thomas Sandner, Andreas Wagner
Berlin, Juni 2016

Zahlen und Fakten

Mehr als 65 Millionen Menschen weltweit befinden sich derzeit auf der Flucht. Das sind so viele wie noch nie. Laut Angaben des UN-Flüchtlingswerk UNHCR mussten letztes Jahr aufgrund von Krieg, Gewalt, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen im Durchschnitt jeden Tag 34.000 Menschen ihr Zuhause verlassen. Sie riskieren auf der Flucht ihr Leben.

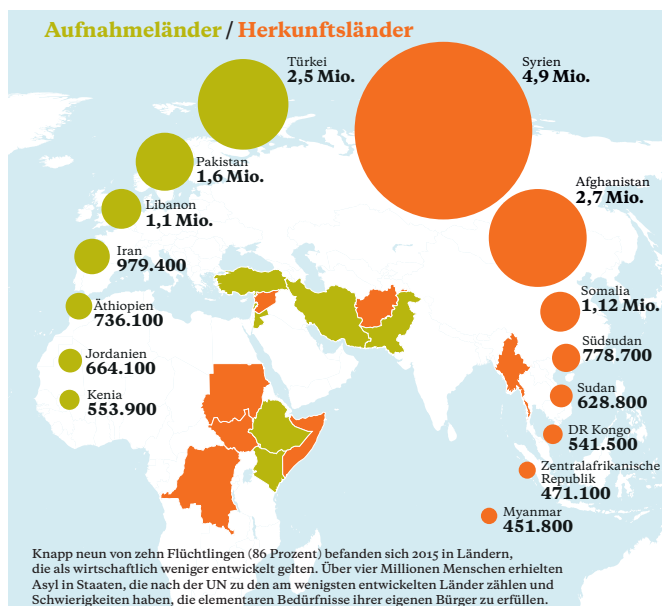


Syrische Flüchtlinge in Chios, Griechenland. Chios liegt nur 7 Kilometer von der Türkischen Küste entfernt. Nach Zählung der lokalen Polizei erreichten allein im September 2015 über 14.000 Schlauchboote mit Flüchtlingen die Insel.

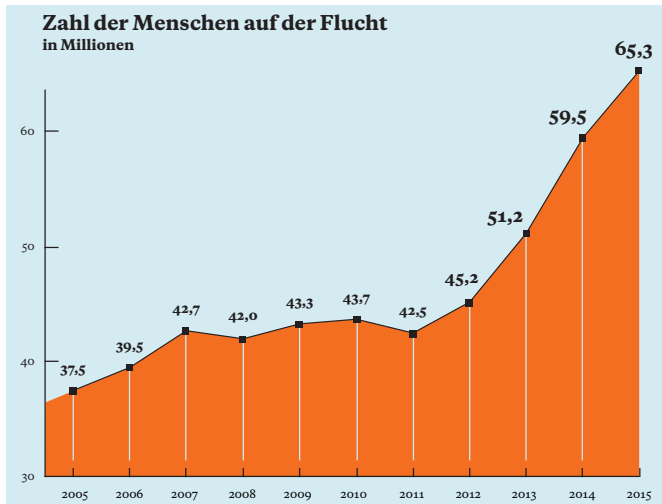
Zuflucht bei den Ärmsten

Neun von zehn Flüchtlingen suchen Zuflucht in Entwicklungsländern. Dort leben sie oft unter schwierigsten Bedingungen in Bauruinen, Garagen, Erdlöchern, unter Bäumen und am Strand. Nur vergleichsweise wenige von ihnen kommen in Flüchtlingslagern unter. Einige werden von Gastfamilien aufgenommen - die oft selbst kaum genug zum Überleben haben. Vier Millionen Asylsuchende fanden Zuflucht in den allerärmsten Ländern der Welt, in denen die Menschen selbst weniger als 1,25 Dollar/Tag haben.

Auf der Suche nach Schutz nehmen viele Flüchtlinge große Gefahren auf sich. Sie durchqueren Staaten, in denen ihnen keinerlei Rechte eingeräumt werden. Sie ziehen durch gefährliche



Quelle: UNHCR 2016



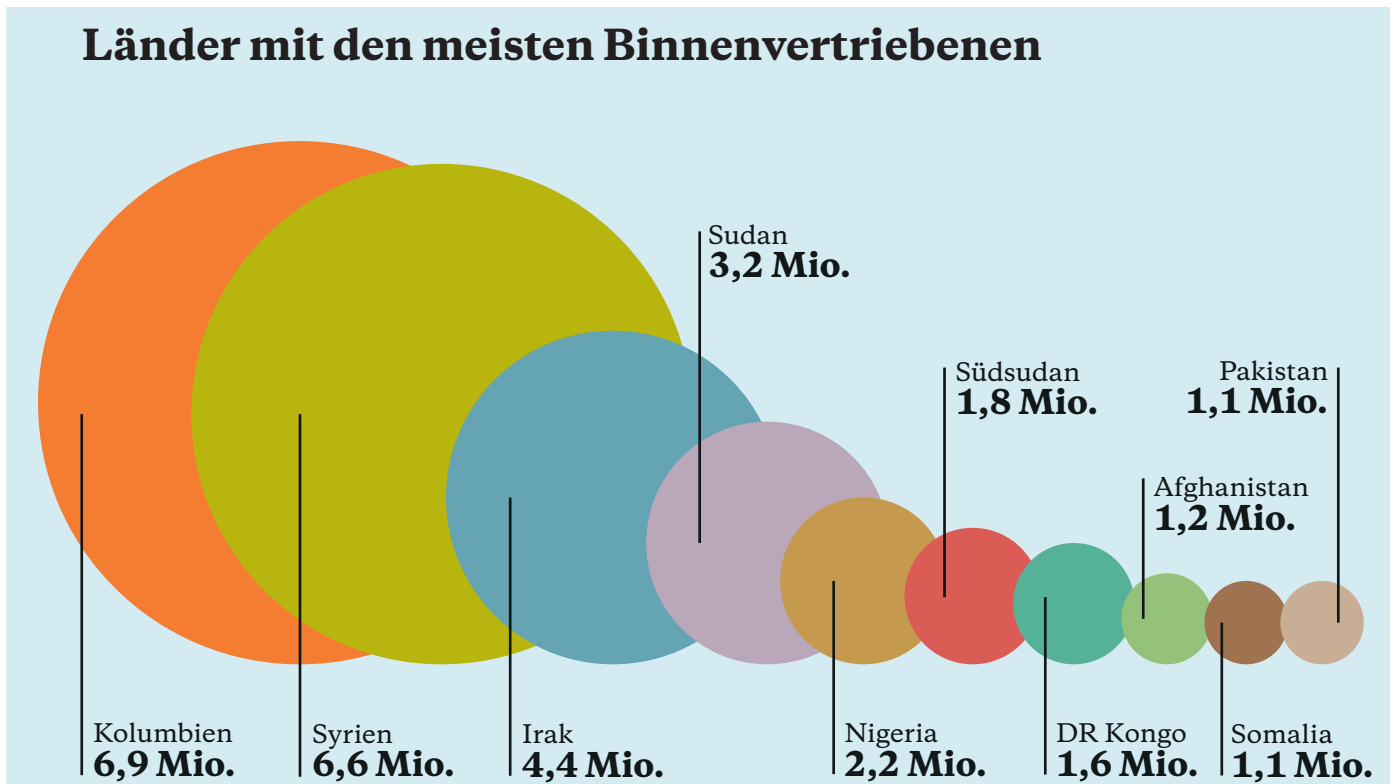
Quelle: UNHCR 2016

Wüsten wie die Sahara oder den Sinai. Häufig sind sie bei ihrer Flucht auf Helfer oder Schlepper angewiesen. Viele werden Opfer Krimineller, die ihre Situation ausnutzen, sie betrügen und erpressen. Die meisten Flüchtlinge haben keine legale Chance, in Sicherheit zu kommen, weil umfangreiche militärische und politische Abwehrmaßnahmen die Schutzsuchenden daran

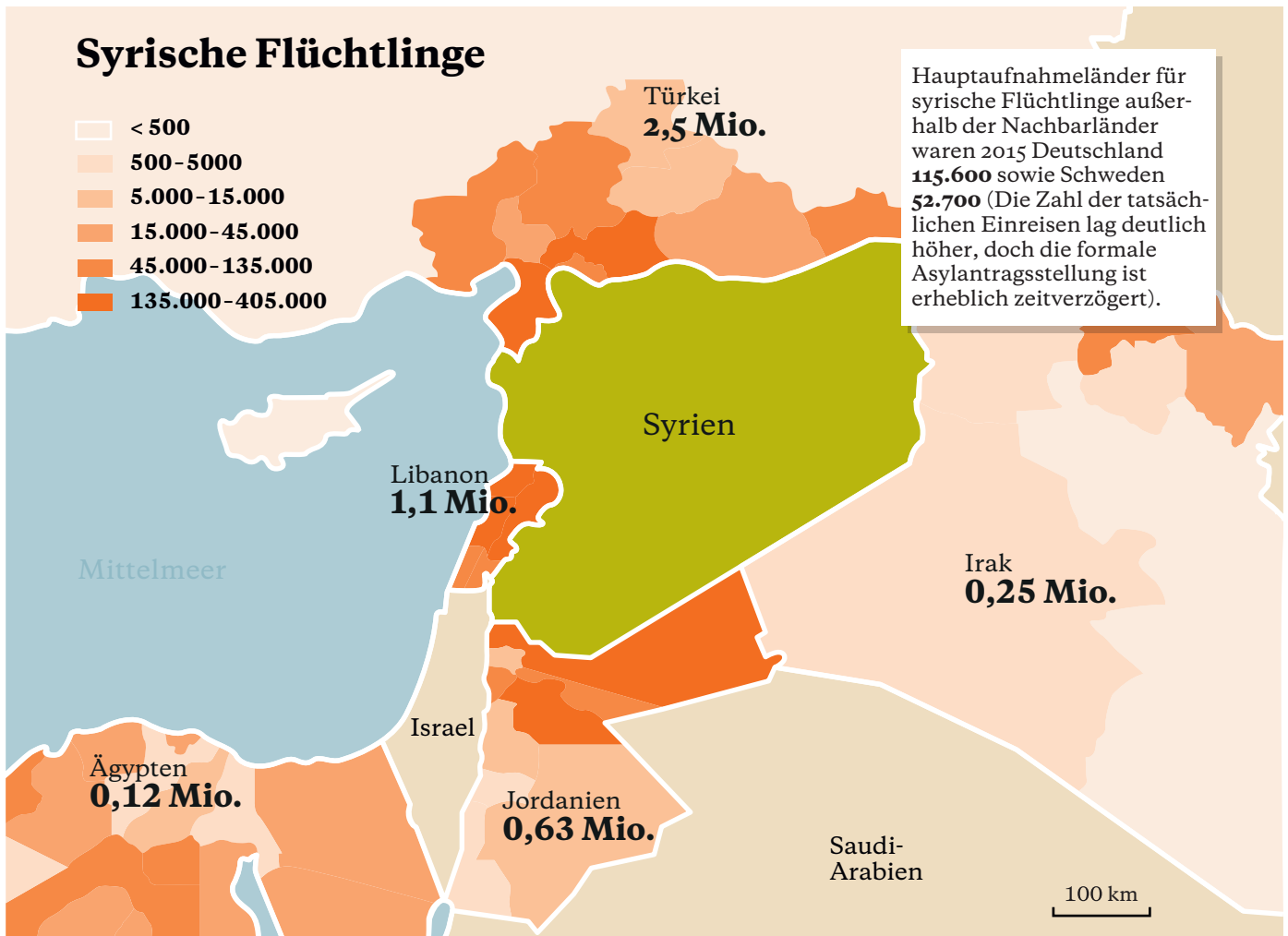
hindern, Asyl beantragen zu können. Seit 2000 sind mehr als 33.000 Schutzsuchende entlang der europäischen Grenzen gestorben. Sichere Fluchtwege und Zufluchtsorte müssen darum jetzt geschaffen werden.

Die Mehrheit sind Binnenvertriebene

21,3 Millionen Menschen haben 2015 ihr Hab und Gut zurückgelassen, um in andere Länder zu fliehen. Dazu kommen 3,2 Millionen Asylsuchende, die noch auf den Ausgang ihres Asylverfahrens warten. Aber die Mehrzahl der Geflüchteten sucht Schutz in anderen Regionen innerhalb ihres Heimatlandes. 40,8 Millionen Menschen sind Binnenvertriebene. Sie leben besonders unsicher, es fehlt ihnen an Nahrung, medizinischer Versorgung und Unterkünften. Außerdem können sie keinen Schutz durch internationale Abkommen in Anspruch nehmen. Stattdessen haben sie oft gar keinen rechtlichen oder physischen Schutz, da der Staat, der ihnen diesen gewährleisten müsste, ihnen diesen nicht mehr garantieren kann oder will.



Quelle: UNHCR 2016



Flüchtlinge aus Syrien

Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge weltweit (54 Prozent) kommen aus nur drei Ländern: Syrien 4,9 Millionen, Afghanistan 2,7 Millionen und Somalia 1,1 Millionen Menschen.

Bevor der Bürgerkrieg in Syrien 2011 ausbrach, lebten dort mehr als 23 Millionen Menschen. 13,5 Millionen Syrerinnen und Syrer sind aufgrund der gewalttätigen Auseinandersetzungen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Sie benötigen vor allem Grundnahrungsmittel, Kleidung, Mietunterstützung, Hygieneprodukte sowie Medikamente. 6,6 Millionen Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht. Viele von ihnen können das Land wegen geschlossener Grenzen nicht mehr verlassen. Sie kommen beispielsweise in Schulen unter. Auch viele syri-

sche Gemeinden nehmen trotz der eigenen schwierigen wirtschaftlichen Lage ihre Landsleute auf und teilen ihr Haus, Essen und Plätze zum Schlafen. Doch die Lage verschlechtert sich ständig: Durch den starken Wertverlust der syrischen Währung sowie die beschränkten Arbeitsmöglichkeiten vor allem für junge Leute sind viele Menschen von extremer Armut bedroht. 4,3 Millionen Syrerinnen und Syrer flüchteten nach Jordanien, in den Libanon, die Türkei, den Irak und Nordafrika. Jeder vierte Bewohner des kleinen Libanons beispielsweise ist derzeit ein Flüchtling. Die syrischen Nachbarländer sind mit der großen Zahl der Geflüchteten stark belastet, 90 Prozent der über 1,1 Millionen syrischen Flüchtlinge im Libanon halten sich zum Beispiel in den ärmsten Regionen des Landes auf. Die Flüchtlinge aus Syrien

leben in provisorischen Camps oder Mietwohnungen, offizielle Flüchtlingslager gibt es im Libanon nicht.

In Jordanien gibt es zwar offizielle Flüchtlingslager wie das Azraq Camp oder das Camp Za'atari, in dem knapp 80.000 Syrer untergekommen sind. Doch die Situation in den Lagern und außerhalb ist angespannt, es fehlt an Nahrungsmitteln, Öfen in der kalten Winterzeit usw. Weil die internationale Staatengemeinschaft nicht zahlt, fehlt dem UN-Flüchtlingswerk Geld, um die Flüchtlinge allein in den Lagern in Jordanien zu versorgen. Hilfen wie Schulprogramme werden darum bereits eingeschränkt. Dazu kommt die Hoffnungslosigkeit: Mehr als fünf Jahre seit Beginn der Syrienkrise glauben viele nicht mehr wie noch am Anfang, schnell in ihre Häuser in der Heimat zurückkehren zu können.

Bekämpfung von Fluchtursachen durch Entwicklungspolitik

Immer häufiger wird in der aktuellen Debatte um die steigende Zahl der Flüchtlinge auf Entwicklungszusammenarbeit verwiesen. Fluchtursachen sollen mittels entwicklungspolitischer Arbeit bekämpft und abgewendet werden. Nichts anderes wünschen sich auch diejenigen, die aufgrund von Kriegen, Gewalt und Verfolgung ihr Zuhause aufgeben müssen. Doch die Fluchtursachen sind komplex. Die Gründe, warum Menschen fliehen müssen, sind oft das Ergebnis jahrelang falscher und unterlassener

politischer Entscheidungen. Noch dazu ist die Eskalation der Gewalt in vielen aktuellen Konflikten beispielsweise im Nahen und Mittleren Osten sehr hoch. Auch lassen sich soziale Unsicherheit, politische Instabilität, zerstörte Lebensgrundlagen zum Beispiel durch Klimakatastrophen oder Landraub nicht von heute auf morgen beseitigen. Entwicklungszusammenarbeit allein kann hier nicht das Allheilmittel sein. Notwendig ist vielmehr eine umfassende, verantwortungsvolle und auf die Geltung der Menschenrechte abzielende Politik, die anders als die EU-Politik zur Fluchtursachenbekämpfung in den letzten Jahren nicht nur die Abwehr von Flüchtlingen zum Ziel hat, indem beispielsweise Grenzschutzanlagen ausgebaut werden.

Flüchtling

Ein Flüchtling ist eine Person, die sich „aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtung nicht in Anspruch nehmen will.“
Artikel 1A, Genfer Flüchtlingskonvention von 1951

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Grafiken Alle Grafiken nach UNHCR (2016): Global Trends. Forced Displacement in 2015. **Foto** Hermann Bredehorst

Redaktion Julia Duchrow, Maike Lukow, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Thomas Sandner, Andreas Wagner
Berlin, Juli 2016

Glossar

Flüchtlinge? Migranten? Asylbewerber? Nur selten werden in der öffentlichen Diskussion präzise Begrifflichkeiten verwendet. Dies führt zu Missverständnissen und im schlimmsten Falle werden gezielt Vorurteile geschürt.

Migrantin/Migrant

Migrantinnen und Migranten sind Personen, die ihren Wohnort durch das Überschreiten einer internationalen Grenze für eine bestimmte Dauer gewechselt haben. Sie verlassen aus ganz unterschiedlichen Motiven ihr Heimatland, zum Beispiel um eine Arbeit zu finden, ihre Bildungschancen zu erhöhen oder der Armut zu entkommen. Ein Unterscheidungsmerkmal ist die Freiwilligkeit beziehungsweise der Zwang zu migrieren. Migration ist eine wichtige Dimension menschlicher Entwicklung. Sie kann sowohl in den Herkunftsländern als auch in den Zielländern als Antrieb für Entwicklung fungieren. Dies erfordert allerdings politische Rahmenbedingungen, die Migrantinnen und Migranten schützen und in die Lage versetzen, die Entwicklungspotentiale zu entfalten und zu nutzen.

Flüchtling

Ein Flüchtling ist eine Person, die sich „aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtung nicht in Anspruch nehmen will.“
Artikel 1A, Genfer Flüchtlingskonvention von 1951.

Binnenvertriebene

Binnenvertriebene oder Binnenflüchtlinge sind Menschen, die innerhalb ihres eigenen Landes fliehen. Im Englischen werden sie als Internal Displaced Persons (IDPs) bezeichnet. Sie sind eine der größten Gruppen von schutzbedürfti-

gen Menschen weltweit. Binnenvertriebene fliehen aus denselben Gründen wie Flüchtlinge. Der für ihren Schutz zuständige Staat kann oder will diesen in vielen Fällen nicht mehr gewährleisten.

Umweltvertriebene und „Klimaflüchtlinge“

Menschen, die primär auf Grund von Umweltveränderungen oder Naturkatastrophen temporär oder dauerhaft ihre Heimat verlassen müssen und sich innerhalb der Landesgrenzen oder über diese hinweg bewegen, werden Umweltvertriebene oder Umweltmigranten genannt. Wenn es sich bei der Umweltveränderung um Klimaveränderungen wie die globale Erderwärmung handelt, wird auch von Klimamigranten oder Klimaflüchtlingen gesprochen. Sie sind keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und es gibt bisher kein internationales Abkommen, das diese Menschen schützt. Über eine eindeutige Bezeichnung und Definition dieser Personengruppe wird weiterhin diskutiert.

Asylbewerber/Asylberechtigte

Asylbewerberinnen und -bewerber sind Menschen, die sich nach ihrer Flucht in einem Asylverfahren befinden und auf die Entscheidung über ihren Antrag warten. In Deutschland dauert das in der Regel zwischen sechs Monaten und zwei Jahren. Asylberechtigte sind in Deutschland diejenigen, die nach Art. 16a des Grundgesetzes als politisch Verfolgte anerkannt wurden. Sie werden von dem Staat in ihrem Heimatland wegen ihrer politischen Überzeugung so stark ausgegrenzt, dass ihre Menschenwürde verletzt ist. Armut oder Bürgerkrieg dagegen berechtigen nicht zu Asyl.

Personen mit Duldung

Eine Duldung erhalten Menschen, die grundsätzlich Deutschland verlassen müssen, deren Ausreise oder Abschiebung jedoch zurzeit nicht möglich ist. Mögliche Gründe: Verlust des Passes, Reiseunfähigkeit wegen einer Erkrankung, instabile politische Verhältnisse im Zielland oder eine fehlende Verkehrsverbindung in ein vom Krieg zerstörtes Land. Dazu zählen auch Minderjährige, die sich ohne Begleitung Erwachsener auf der Flucht befinden. Manche Menschen leben über Jahrzehnte in Duldung, das heißt in großer Ungewissheit darüber, wann sie Deutschland tatsächlich verlassen müssen. Nur selten folgt einer Duldung eine Aufenthaltserlaubnis.

Kontingentflüchtlinge

Als Kontingentflüchtlinge gelten Menschen aus Krisenregionen, die im Rahmen von humanitären Hilfsaktionen in Deutschland aufgenommen werden. Sie durchlaufen nicht das Asylverfahren, sondern erhalten vom Bundesinnenministerium und Landesbehörden aus humanitären oder völkerrechtlichen Gründen eine Aufenthaltserlaubnis ohne weitere individuelle Prüfung. Die Aufenthaltserlaubnis gilt zunächst für zwei Jahre, mindestens aber für die Dauer des Konflikts. Wer ausgewählt wird, wird nach Schutzbedürftigkeit entschieden (Kinder und ihre Eltern, Kranke, Frauen in prekärer Lage und politisch Verfolgte). 2013 entschied die Bundesregierung, 20.000 Kontingentflüchtlinge aus Syrien aufzunehmen, bei deren Auswahl wurden auch „Bezüge nach Deutschland“ berücksichtigt.

Subsidiärer Schutz

Wer Bürger oder Bürgerin eines sogenannten Drittstaats oder staatenlos ist, wird in Deutschland nicht als Flüchtling anerkannt und erhält kein Asyl. Wenn jedoch in der Heimat Todesstrafe, Folter oder andere schwerwiegende Gefahren durch bewaffnete Konflikte drohen, kann subsidiärer (vorübergehender) Schutz gewährt werden. Damit dürfen Betroffene für eine bestimmte Zeit in Deutschland bleiben, Abschiebungen werden ausgesetzt.

Wenn wir über Migration und Flucht reden, wollen wir die Sachverhalte möglichst korrekt und präzise wiedergeben. Gerade in den Medien werden aber oft nicht die passenden Worte genutzt. Die Neuen deutschen Medienmacher, ein Zusammenschluss von Journalisten und Journalistinnen mit und ohne Migrationshintergrund, haben darum ein Glossar entwickelt, das Vorschläge und Hilfestellung bietet.

www.neuemedienmacher.de/wp-content/uploads/2015/04/NdM_Glossar_www.pdf

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Redaktion Zum Teil nach „Global Lernen 1/2015“, Maike Lukow, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Thomas Sandner, Andreas Wagner Berlin, Oktober 2015

Humanitäre Hilfe in Krisen- und Konfliktregionen

Die Diakonie Katastrophenhilfe ist das humanitäre Hilfswerk der evangelischen Kirchen in Deutschland. Sie arbeitet in 40 Ländern weltweit. Mehr als die Hälfte der humanitären Hilfe erreicht derzeit Flüchtlinge und Binnenvertriebene in Krisen- und Konfliktgebieten. Der größte humanitäre Einsatz findet aktuell in Syrien und seinen Nachbarländern Jordanien, Türkei, Libanon und Irak statt.



Syrische Flüchtlinge im Lager Kawar im Irak

Mehr als 15 Millionen Menschen aus Syrien und dem Irak leben als Vertriebene im eigenen Land oder sind in die Nachbarländer geflohen. Der Bürgerkrieg und der Vormarsch des sogenannten Islamischen Staats (IS) haben sie dazu gezwungen. Oft mussten die Familien alles zurücklassen und leben jetzt unter enorm schwierigen und teilweise bedrohlichen Verhältnissen.

In den Nachbarländern haben mehr als 4,6 Millionen Menschen aus Syrien Schutz gesucht. Laut UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) leben etwa 85 Prozent von ihnen außerhalb der offiziellen Camps. Sie suchen Schutz in Zelten, Rohbauten, Garagen oder in Mietwohnungen.

Es fehlt an Arbeitsmöglichkeiten. Viele Familien haben ihre eigenen Reserven aufgebraucht, das macht sie von externer Hilfe abhängig. Viele Menschen wurden außerdem Zeugen von Gewalt, haben nahestehende Angehörige verloren und sind stark traumatisiert. Sie mit lebensnotwendigen Hilfsmitteln zu erreichen, ist eine besondere Herausforderung für die lokalen Helfer.

Perspektiven schaffen

Nicht nur die geflohene Bevölkerung leidet unter dem täglichen Überlebenskampf und der fehlenden Perspektive. Auch die Bevölkerung der Gastländer bekommt die negativen Auswirkungen der dauerhaften Krise deutlich zu spüren. Der

Zugang zu Wohnraum und Arbeitsplätzen wird immer schwieriger. Zusätzlich zu den lebensrettenden Maßnahmen für neu eintreffende Familien müssen daher mittelfristige Perspektiven für die Menschen geschaffen werden.

Die Diakonie Katastrophenhilfe setzt aus diesem Grund mit ihren lokalen Partnern Projekte um, die sowohl für Flüchtlinge als auch für die lokale Bevölkerung Perspektiven für stabile Lebensverhältnisse schaffen und neue Entwicklungschancen eröffnen.

Nordirak

Knapp 250.000 Menschen aus Syrien suchen seit Beginn des Bürgerkrieges im Jahr 2011 Schutz im Irak. Doch auch dort ist die Lage sehr unsicher: Kämpfe der irakischen Armee und Peshmerga Truppen gegen den IS führen nach wie vor zu Vertreibungen. Über 3,3 Millionen Irakerinnen und Iraker flohen in sichere Regionen ihres Landes, viele davon in die Autonome Region Kurdistan im Nordirak mit ihren drei Provinzen Dohuk, Erbil und Suleimaniyah.

Lage verschlechtert sich

Die Lebensbedingungen für Flüchtlinge und Vertriebene im Irak werden zunehmend schwieriger. Steigende Mieten und Nahrungsmittelknappheit sowie fehlende Arbeitsmöglichkeiten sind nur einige Probleme, unter denen auch die aufnehmenden Gemeinden leiden. Soziale Fürsorge oder Gesundheitssysteme sind marode oder nicht existent. Eine Rückkehr der syrischen Flüchtlinge und der irakischen Binnenvertriebenen in ihre Heimat ist nicht in Sicht.

Die humanitäre Lage verschlechtert sich täglich, mehr als zehn Millionen Menschen sind im Irak auf grundlegende, lebenssichernde Hilfe angewiesen. Die Diakonie Katastrophenhilfe unterstützt gemeinsam mit ihrer Partnerorganisation REACH (Rehabilitation, Education and Community's Health) sowohl die syrischen Flüchtlinge als auch die intern vertriebenen Irakerinnen und Iraker mit Nahrungsmittel- und Hygienepaketen und psychosozialer Hilfe. Mit „cash for work“-Maßnahmen leistet das Hilfswerk außerdem einen Beitrag dazu, Familien ein Einkommen zu schaffen: Die Begünstigten helfen den Projekt-



Workshop für Jugendliche im Gemeindezentrum in Bazyan im Nordirak

mitarbeitenden bei Pack- und Verteilaktionen sowie kleinen Reparaturmaßnahmen in Schulen. Dafür werden sie auf Tagessatzbasis entlohnt.

Gemeinden bieten Raum

In den Städten Bazyan und Bainjan (Provinz Suleimaniyah) wurden in Zusammenarbeit mit der lokalen Partnerorganisation zwei Gemeindezentren eröffnet, ein drittes, im Zentrum der Stadt Suleimaniyah, wird momentan eingerichtet. In den Zentren finden Kurse, Kinderbetreuung und Beratungen statt, um den ankommenden Familien die Integration zu erleichtern und sie bei der Überwindung der durch Flucht und Gewalt erlebten Traumata zu unterstützen. Angeboten werden unter anderem spielerische Aktivitäten, Sprachkurse, Englischunterricht, Alphabetisierungs- und Computerkurse. Die Kursleiterinnen und -leiter sind zumeist selbst geflohen, teilen also die Erfahrungen der Menschen. In einem psychologischen Training haben sie gelernt, wie sie den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen am besten beistehen. Das Projekt soll einen Beitrag dazu leisten, den Flüchtlingen und der gastgebenden Gemeinde einen gemeinsamen sicheren Raum zu geben.

Einkommen schaffen

Mit beruflichen Trainings legt die Diakonie Katastrophenhilfe zusammen mit REACH außerdem im Nordirak den Grundstein für neue Einkommensmöglichkeiten für syrische Flüchtlinge und irakische Vertriebene.

Kostenbeispiel

Mit **50 Euro** kann eine sechsköpfige Familien einen Monat lang ihren Bedarf an **Lebensmitteln und Hygieneartikeln** decken.

Jordanien

628.000 syrische Flüchtlinge sind in Jordanien registriert. Mehr als die Hälfte von ihnen sind Kinder unter 18 Jahren. Der größte Teil der Flüchtlinge lebt auch in Jordanien bisher nicht in Camps, sondern in Dörfern nahe der Grenze



Viele Flüchtlinge in Jordanien kommen wie diese Familie in baufälligen Wohnungen in East Amman unter.

oder größeren Städten. Sie sind damit viel schwieriger für Hilfsorganisationen zu erreichen. Ihre ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln oder medizinischen Dienstleistungen ist nicht sichergestellt.

Aufenthaltsstatus ungesichert

Hinzu kommt, dass die Flüchtlinge, die sich außerhalb der Camps unregistriert aufhalten, keinen offiziellen Anspruch mehr auf humanitäre Hilfe haben und riskieren, nach Syrien zurückgeschickt zu werden. Ziel der Diakonie Katastrophenhilfe ist, gerade den Bedürftigsten unter den Flüchtlingen und den Gastgemeinden zu helfen.

Hilfsmaßnahmen

Die lokalen Partnerorganisationen der Diakonie Katastrophenhilfe wissen, wo die Flüchtlingsfamilien untergekommen sind und versorgen sie mit Decken und Kleidung, Mietzuschüssen, Nahrungsmittel- und Hygienegutscheinen und Kopflausmittel für Kinder.

Kostenbeispiel

Eine dreimonatige **Mietunterstützung**, mit der eine Flüchtlingsfamilie ihre Lebenssituation verbessern kann, kostet **160 Euro**.



Warme Mahlzeit für bedürftige Familien: Sammah K. koordiniert die Essensverteilung.

Libanon

Seit Beginn des Jahres 2015 ist für syrische Flüchtlinge eine einfache Einreise in den Libanon in Verbindung mit einem Asylantrag nur noch in seltenen Fällen möglich. Die Erneuerung bestehender Aufenthaltstitel erfordert eine Zahlung von 200 US-Dollar – eine Summe, die nur wenige Familien aufbringen können. Der restriktive Umgang mit den Syrerinnen und Syrern hat seine Ursache unter anderem in der starken Belastung des Landes: Etwa 1,1 Millionen syrische Flüchtlinge suchen in einem Land der Größe Hessens mit 4,5 Millionen Einwohnern Zuflucht in provisorischen Camps oder Mietwohnungen.

Im Libanon gibt es keine offiziellen Flüchtlingscamps. Der Großteil der Menschen lebt in Gebieten nahe der syrischen Grenze im Norden des Landes sowie in der Bekaa-Ebene im Osten. Beide Regionen zählen zu den ärmsten des Landes. Auch der Libanon kämpft mit der angespannten Sicherheitslage im eigenen Land, unter anderem durch die Anwesenheit und

den Einfluss des sogenannten IS und weiterer militanter Gruppen.

Hilfsmaßnahmen

Ziel der Diakonie Katastrophenhilfe und ihrer Partnerorganisationen ist es, besonders bedürftigen Familien zu helfen, von denen die meisten in illegalen Zeltsiedlungen ohne Kochmöglichkeiten unterkommen.

Kochen verbindet

In vier Gemeinschaftsküchen in Tripoli und der Bekaa-Ebene kommen jeden Morgen libanesische und syrische Frauen zum gemeinsamen Kochen in der Küche eines Gemeindezentrums zusammen. Das warme Essen wird anschließend an Familien in den illegalen Zeltsiedlungen verteilt. Damit erreichen die Helfer wöchentlich etwa 2.760 Menschen.

Sammah K., angestellt von der Partnerorganisation International Orthodox Christian Charities (IOCC) (Bild li.), koordiniert die Verteilaktionen in Tripoli. Sie ist selbst aus Syrien geflohen.

Durch die Mitarbeit in der Küche erwirtschaftet sie ein kleines Einkommen – das Einzige in der Familie. „Die Arbeit beschäftigt mich“, sagt sie. „Sie lenkt mich von den quälenden Erinnerungen und dem Heimweh ab.“

Der Krieg in Syrien und die Fluchterfahrung führen zu teils schweren Traumatisierungen insbesondere bei Kindern. Deshalb organisiert die Diakonie Katastrophenhilfe mit ihrer Partnerorganisation Inter Church Network for Development and Relief (ICNDR) im Süden und Osten des Landes für sie besondere Betreuung: In Theater-, Musik-, Mal- und Schreibworkshops können die Kinder für einige Stunden in der Woche ihre schweren Erinnerungen ruhen lassen. Freizeitcamps bieten außerdem syrischen und libanesischen Kindern gemeinsam Abwechslung vom tristen Alltag. Schulkinder können zudem am Förderunterricht teilnehmen oder werden auf Prüfungen vorbereitet. Dabei werden vorrangig syrische Flüchtlinge als Lehrkräfte eingesetzt.

Kostenbeispiel

1 warme Mahlzeit pro Tag kostet in der Zubereitung und mit der Auslieferung pro Familie **10 Euro**.

Türkei

Mit mehr als 2,75 Millionen Flüchtlingen ist die Türkei aktuell das Land, das die meisten Vertriebenen aus Syrien und aus dem Irak aufgenommen hat. Obwohl syrischen Flüchtlingen in der Türkei mit einem neuen Erlass ab Januar 2016 Arbeitsgenehmigungen erteilt wurden, darf ihr Anteil den der türkischen Arbeitnehmerinnen und -nehmer an einem Arbeitsplatz nicht mehr als zehn Prozent übersteigen. Des Weiteren sieht die Verordnung die Möglichkeit vor, die Quote, je nach lokaler Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen, unterschiedlich hoch auszulegen, das heißt dort weniger Arbeitsgenehmigungen zu vergeben, wo eine hohe Arbeitslosigkeit innerhalb der lokalen Bevölkerung vorherrscht.

Die Menschen, die außerhalb der Lager in den Provinzen Hatay, Sanliurfa, Diyarbakir, Batman oder in Istanbul Schutz suchen, erhalten von der türkischen Regierung wenig Unterstützung.

Die Hälfte aller Flüchtlinge sind Kinder und die meisten von ihnen leiden unter teils schweren Traumata.

Hilfsmaßnahmen

Die Diakonie Katastrophenhilfe ist seit 2012 in Zusammenarbeit mit dem Partner Support to



Flüchtlinge in der Türkei

Life (STL) vor Ort aktiv. Beispielsweise in der Provinz Sanliurfa, im Osten der Türkei: in einem Projekt für syrische und irakische Flüchtlinge sowie gastgebende Familien erhalten bis zu 3.200 Personen eine elektronische Geldkarte. Die begünstigten Personen werden zuvor nach Bedürftigkeitskriterien wie Geschlecht, Einkommen oder Alter ausgewählt und bekommen dann für drei Monate eine Geldkarte ausgehändigt. Diese wird monatlich mit 50 türkischen Lira pro Person aufgeladen. Mit dieser Summe soll vorrangig der grundlegende Nahrungsbedarf abgedeckt werden. Das Projekt wird mit Mitteln des Auswärtigen Amtes gefördert.

Projekte wie das in Sanliurfa gehören zur sogenannten Cash Assistance, der humanitären Hilfe durch bargeldlosen Geldtransfer. Diese Form der Hilfe orientiert sich am Bedarf der Menschen und ermöglicht eine zielgenauere Versorgung als vorgepackte Hilfspakete. Vor allem aber ermöglichen Bargeldtransfers den Empfängern, ihre Würde und Entscheidungsfreiheit zu bewahren.

„Vorgepackte Hilfspakete entsprechen der Kultur und den Standards der Helfer, nicht unbedingt denen der Hilfeempfänger“, weiß Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin der Diakonie Katastrophenhilfe. „Sie machen die Betroffenen zu passiven Empfängern, entmündigen sie. Die aber wollen ihr eigenes Geschick so schnell wie möglich wieder selbst in die Hand nehmen. Zur Bewältigung von Traumata gehört es, Ohnmacht und Passivität zu überwinden und über das eigene Leben Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten zu haben.“

Schutz und Zukunftsperspektiven

Ergänzend zu dem Verteilen von Geldkarten konzentriert sich die Diakonie Katastrophenhilfe zusammen mit ihrem Partner STL auf den Bedarf an psychosozialer Begleitung. Durch Bildungsangebote, Rechtsberatung sowie weiterführende Hilfen soll die Eigenständigkeit der Flüchtlinge gestärkt und der Zugang zu sozialen Dienstleistungen erleichtert werden. Vor allem Kinder und Frauen innerhalb der Flüchtlings-



Elektronische Geldkarten, die mit monatlich 50 Lira aufgeladen werden, ermöglichen Familien, selbst einzuzukaufen statt Hilfspakete zu empfangen.

sowie der aufnehmenden Gemeinden sollen von dieser Hilfe profitieren. Das Angebot reicht von psychologischer Beratung bis hin zu beruflicher Ausbildung.

Zusammen mit dem Partner STL hat die Diakonie Katastrophenhilfe auch eine Anlaufstelle für Flüchtlinge in Istanbul eingerichtet. In einem Gemeindezentrum bietet STL psychosoziale Hilfe für etwa 1.200 Menschen an. Durch Kunsttherapie und spielerische Aktivitäten können Kinder ihren Gefühlen Ausdruck verleihen, Erwachsene werden über ihre Rechte als Flüchtling aufgeklärt, Mütter können an Schulungen zu Ernährungsfragen teilnehmen.

Kostenbeispiel

Mit einer finanziellen Beihilfe von **30 Euro** kann ein Flüchtling einen Monat lang **Grundbedürfnisse** wie Nahrung und Hygieneartikel decken.

Syrien

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind in 2016 13,5 Millionen Menschen in Syrien auf humanitäre Hilfe angewiesen - darunter etwa sechs Millionen Kinder. Die Auswirkungen des Krieges sind vor allem im Gesundheitsbereich verheerend. Es fehlen Medikamente und ausreichend Personal. Viele Krankenhäuser wurden zerstört und können keine Verletzten mehr aufnehmen. Nach Schätzungen der Organisation Save the Children sind bereits mehr als 200.000 Menschen durch die Nichtbehandlung von Krankheiten wie Masern, Durchfall, Atemwegserkrankungen und Kinderlähmung gestorben. Chronische Krankheiten können aus Kostengründen nicht behandelt werden.

Hilfsmaßnahmen

Die Partnerorganisation International Orthodox Christian Charities (IOCC) der Diakonie Katastrophenhilfe unterstützt die Menschen in Syrien bei der Behandlung von chronischen Krankheiten. In Zusammenarbeit mit Apotheken und medizinischen Einrichtungen vor Ort stellt sie lebensnotwendige Medikamente für die Betroffenen zur Verfügung. Diese hätten sonst keinen Zugang oder nicht die nötigen finanziellen Mittel zur Beschaffung des medizinischen Bedarfs.



Mit der Ausgabe von Medikamenten werden chronisch erkrankte Menschen versorgt.

Viele Menschen, die an einer chronischen Krankheit wie Krebs oder Diabetes oder einer Immunkrankheit leiden, können nun medizinisch versorgt werden.

Die Diakonie Katastrophenhilfe hat bisher mehr als 120.000 besonders bedürftige Menschen in Syrien durch die Verteilung von Lebensmitteln, Decken, Wasserfiltern, Kleidung und Hygieneartikeln erreicht.

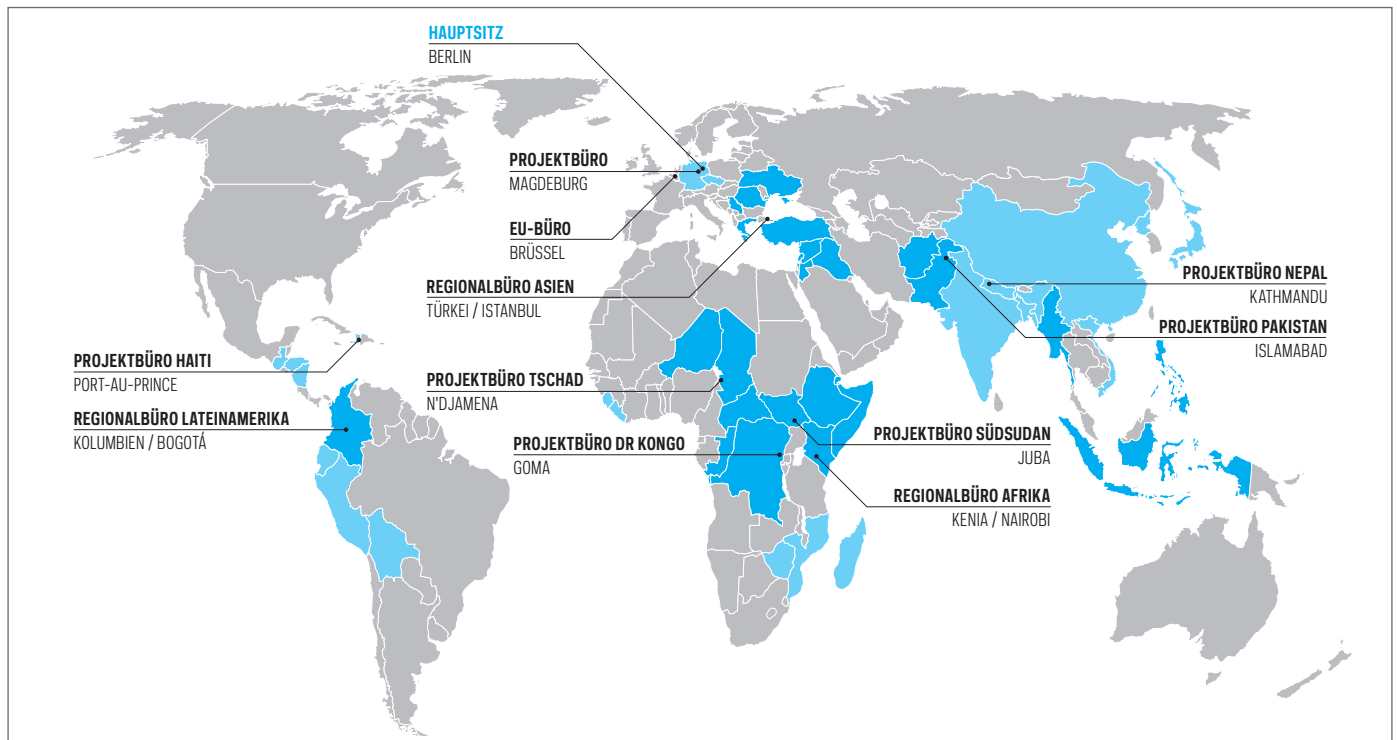
Kostenbeispiel

Lebenswichtige Medikamente für einen chronisch kranken Patienten kosten **100 Euro**.

Hilfe für Flüchtlinge weltweit

Weltweit ist die Zahl der Flüchtlinge mit fast 65 Millionen so hoch wie noch nie. Einige Brennpunkte begegnen uns täglich in der Medienberichterstattung. Wir sehen Bilder von Menschen, die aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea über das Mittelmeer nach Europa fliehen. Viele Krisenherde erreichen aber kaum mediale Aufmerksamkeit. Kolumbien ist nach dem Jahrzehnte andauernden Bürgerkrieg mit sechs Millionen Menschen nach Syrien das Land mit der höchsten Zahl intern Vertriebener. Auch in Pakistan sind mehr als eine Million Menschen auf der Flucht vor Gewalt und Terror. Aus der Zentralafrikanischen Republik sind mehr als 470.000 Menschen Menschen in die Nachbarländer Tschad und Kamerun geflohen.

Gegenwärtig ist die Diakonie Katastrophenhilfe in rund 20 Ländern im Einsatz für Menschen auf der Flucht. Mit lokalen Partnerorganisationen und Partnern aus dem Netzwerk ACT (Action by Churches together) versorgt sie die Menschen mit lebenswichtigen Hilfsgütern und steht ihnen bei, um sich eine neue Existenz aufzubauen.



In rund 20 Ländern ist die Diakonie Katastrophenhilfe im Einsatz für Menschen auf der Flucht

Doch obwohl der humanitäre Bedarf weltweit stark gestiegen ist, sind die Mittel für humanitäre Hilfe nicht im selben Maße gewachsen und ungleich verteilt. Für humanitäre Organisationen ist das Einwerben von Spenden für „Vergessene Krisen“ schwieriger als für medial aktu-

elle Katastrophen. Deshalb sind zweckgebundene Spenden für die Diakonie Katastrophenhilfe wichtig, um unabhängig von politischen Konjunkturen und medialem Interesse auch in „Vergessenen Krisenregionen“ Hilfe leisten zu können.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Jens Grossmann (S. 6), IOCC (S. 7), Thomas Lohnes (S. 4), Ben Nausner (S. 3), Christoph Püschner (S. 1), Michael Stürzenhofecker (S. 2), STL/Diakonie Katastrophenhilfe (S. 5) **Redaktion** Anne Dreyer, Maike Lukow, Thomas Molitor, Regina Seitz, Isabelle Uhe, Vera-Magdalena Voss, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Thomas Sandner, Andreas Wagner
Berlin, Juli 2016

Gefahren auf der Flucht: Die tödlichste Grenze der Welt

Immer mehr Menschen suchen Zuflucht in Europa - gleichzeitig aber verschanzt sich Europa hinter neuen Mauern und Zäunen. Engmaschiger, messerscharfer Stacheldraht, Radarüberwachung, Sperrzonen, Satellitenaufklärung, Kriegsschiffe, Polizei- und Grenzschutztruppen schotten unseren Kontinent ab. Diese Grenzschutzpolitik zwingt Schutzsuchende auf lebensgefährliche Fluchtrouten. Und sie nimmt in Kauf, dass jährlich tausende Menschen an den EU-Außengrenzen sterben. In den vergangenen 15 Jahren haben über 30.000 Menschen auf der Reise nach Europa ihr Leben verloren. Damit ist die europäische Außengrenze die tödlichste Grenze der Welt.



Syrische Flüchtlinge an der mazedonisch-griechischen Grenze

Europas Migrations- und Fluchtabwehr beginnt längst nicht mehr an den eigentlichen Grenzen, sondern bereits in den Herkunfts- und Transitstaaten: in West- und Nordafrika, im Nahen Osten, auf dem Balkan und in Osteuropa. Obgleich in den Vereinbarungen mit Staaten in diesen Regionen von einem „Diskurs auf

Augenhöhe“ gesprochen wird, sind Länder wie Tunesien, Marokko, Mauretanien oder die Republik Moldau wirtschaftlich und politisch abhängig von der Europäischen Union. Sie erhoffen sich für ihre Kooperation bei der Migrationskontrolle finanzielle Gegenleistungen und bessere Beziehungen zur EU.



Schlauchboote der gerade angekommenen Flüchtlinge liegen im Hafen von Chios. Die Überfahrt aus der Türkei, Tunesien oder anderen Ländern über das Mittelmeer ist lebensgefährlich. Mehr als 30.000 Menschen haben auf der Flucht nach Europa in den letzten 15 Jahren ihr Leben verloren.

In den meisten Anrainer-, Herkunfts- und Transitstaaten investieren die Europäische Union und einige Mitgliedstaaten in die Aufrüstung der Sicherheitsapparate – angesichts der oft autoritären Regierungen ein für die Schutzsuchenden riskantes Spiel. Denn Misshandlungen und Willkür durch die Polizei- und Sicherheitsbehörden gegenüber Schutzsuchenden sind dort bereits an der Tagesordnung. Menschenrechtliche Mindeststandards werden missachtet, vor allem für Asylsuchende und Flüchtlinge gibt es oft keine Rechte und Regelungen.

Die EU muss ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen und darf ihre Asylverantwortung nicht an Unrechtsregime oder schwache Staaten abgeben. Schutzsuchende dürfen weder vor den Grenzen abgefangen („pull-back“) noch an den Grenzen zurück in Gefahr gezwungen werden („push-back“). Das Verbot solcher Operationen durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und die Genfer Flüchtlingskonvention wird nicht nur vor der türkischen Küste regelmäßig ignoriert. Im Senegal und in Tunesien werden Flüchtlinge nach Zurückweisungen inhaftiert oder abgeschoben.

Der ausgelagerte Grenzschutz wird besonders zynisch, wenn die Abhängigkeit der Drittstaaten von Entwicklungszusammenarbeit als Druckmittel missbraucht wird, Interessen der Migrationsabwehr durchzusetzen.

Massengrab Mittelmeer

Ohne legale Einwanderungswege nach Europa werden sich Menschen weiterhin kriminellen Schleppern anvertrauen und ihr Leben bei der Überfahrt nach Europa riskieren. Die Bilder und Berichte über das Massengrab Mittelmeer werden nicht enden und die Zahl der Toten wird weiter steigen. Neben Maßnahmen wie der Vergabe humanitärer Visa und Migrationsprogrammen braucht es dringend eine funktionierende zivile Seenotrettung. Militärische Missionen gegen Schlepperbanden auf See oder an Land gefährden Flüchtlinge hingegen nur zusätzlich, bringen sie jedoch nicht in Sicherheit.

Hotspots sind keine Lösung

Die vieldiskutierten Internierungs- und Registrierungslager an den südlichen EU-Außengrenzen, die sogenannten „Hotspots“, sind keine Lösung. Im Gegenteil: Es ist zu befürchten, dass die mangelnde politische Einigung zwischen

den Mitgliedsstaaten über die Aufnahme von Geflüchteten und Migranten nur weiterhin dazu führen wird, dass zehntausende Menschen vor den Toren Europas festgesetzt werden. Es darf aber weder hinter noch vor der europäischen Außengrenze Lager geben, in denen Schutzsuchende isoliert und de facto inhaftiert sind. Auch kann nicht in Schnellverfahren über ihre Schutzbedürftigkeit und Asyl entschieden werden. Bereits in den derzeitigen, viel kleineren Aufnahmestellen fehlt es seit Jahren an Transparenz und Rechtssicherheit. Stattdessen herrschen häufig katastrophale humanitäre Zustände und polizeiliche Willkür.

Die Einrichtung von Hotspots ohne eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik wird die derzeitigen Probleme nur in großem Maßstab institutionalisieren. Denn Flüchtlinge haben oft nicht das Wissen um ihre Rechte und noch viel weniger die Möglichkeit, auf ihrer Flucht in Registrierungsstellen oder in Notunterkünften Zugang zu diesen Rechten zu erhalten. Gegen Misshandlungen oder unrechtmäßiges Verhalten von Polizei- und Sicherheitskräften können sie sich kaum wehren. Allein die Strapazen der

Flucht sind bereits lebensgefährlich, insbesondere für Frauen und Mädchen, Schwangere, Menschen mit Behinderungen, unbegleitete Minderjährige, sowie alte, kranke und traumatisierte Flüchtlinge. Aktuelle Berichte aus den Aufnahmestellen und Transitlagern im Südosten Europas zeigen, wie trotz geglückter Überfahrt über das Mittelmeer die Gefahr für diese schwächsten Gruppen nicht ausgestanden ist.

Soforthilfe für Flüchtlinge: Ein Projekt der Diakonie Katastrophenhilfe auf den griechischen Inseln

Auf der Flüchtlingsroute über das Mittelmeer ist neben Italien auch Griechenland ein wichtiges Ziel. Seit Anfang 2016 sind mehr als 157.000 Flüchtlinge in Griechenland angekommen, doch hat sich deren Situation seit März stark verändert.

Bis dahin war das Land für Hunderttausende nur eine Station auf der Durchreise nach Mittel- und Nordeuropa. Transitcamps wurden errichtet, in denen die Flüchtlinge wenige Tage blieben. Mit dem EU-Türkei-Abkommen und der Grenzschließung auf der Balkanroute sitzen tausende Menschen in Griechenland fest. Viele der als Transitcamps geplanten Lager werden dauerhaft



In Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen versorgt die Diakonie Katastrophenhilfe Flüchtlinge auf Chios

genutzt, obwohl sie dafür nicht ausgestattet sind - schlechte hygienische Bedingungen, große Enge und Perspektivlosigkeit sind die Folgen.

Auf den Inseln Chios und Samos arbeitet die Diakonie Katastrophenhilfe über ihr internationales kirchliches Netzwerk ACT Alliance mit der Hilfsorganisation International Orthodox Christian Charities (IOCC) und der lokalen Partnerorganisation Apostoli zusammen. Um die Notlage der Geflohenen zu mildern werden Nahrungsmittelpakete verteilt, außerdem wird die sanitäre Situation durch die Installation von Toiletten und Duschen sowie die Verteilung von Hygiene-Sets für Erwachsene und Kinder verbessert.

Perspektiven für Gestrandete: Ein Projekt von Brot für die Welt in Marokko

Schätzungen zufolge leben bis zu 40.000 Flüchtlinge und Migranten in dem Maghreb-Staat, gestrandet auf dem Weg nach Europa, gescheitert am europäischen Grenzzaun. Auch aufgrund ihrer Hautfarbe werden viele Migrantinnen und Flüchtlinge, ob sie sich legal im Land aufhalten oder nicht, von der lokalen Bevölkerung angefeindet und von der Polizei schikaniert. Für die Menschen auf der Flucht heißt das jahrelanges Warten unter prekären Bedingungen ohne Perspektive auf Verbesserung. Marokko ist vom Transitland zur Endstation der Migration und Flucht geworden. Brot für die Welt unterstützt ein Partnerschaftsprojekt der evangelischen Kirche in

Marokko und dem Kirchenkreis Jülich, durch das 39 Flüchtlingen - mehrheitlich Frauen - mit Mikrokrediten und Ausbildungskursen beim Aufbau einer eigenen Existenz geholfen wurde. Mit ihrer Arbeit verdienen sie genug Geld zum Überleben, sodass sie nicht auf Betteln, Diebstahl oder Prostitution angewiesen sind.

Außerdem betreibt das Projekt politische Advocacy-Arbeit, um die Rechte der Migrantinnen und Migranten in Marokko zu stärken und durchzusetzen. Brot für die Welt setzt sich dafür ein, dass Abkommen und sogenannte Mobilitätspartnerschaften der EU mit Drittstaaten nicht allein der Migrationskontrolle dienen, sondern Menschenrechtsschutz und die Interessen der Migranten im Blick haben. Denn bislang ist das Gegenteil der Fall. Für erhöhten Grenzschutz und die Flüchtlingsabwehr erhielten die Partnerstaaten bislang weder die in Aussicht gestellten Einwanderungserleichterungen ihrer Bürger in die EU noch wurden Projekte in nennenswertem Umfang realisiert, die Entwicklungspotentiale durch Migration stärken. Nur Saisonarbeiter und wenige Hochqualifizierte, deren Abwanderung zusätzliche Probleme schaffen kann („brain-drain“), profitieren von vereinzelt Einwanderungsprogrammen. Das Mobilitätsversprechen der EU bleibt damit uneingelöst, stattdessen wird mit den Mobilitätspartnerschaften zusätzliche Flüchtlings- und Migrationsabwehr über die europäischen Außengrenzen hinaus erkaufte.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

*Sie unterstützt Flüchtlinge
in Deutschland*

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

*Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte
im Ausland*

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

*Das Werk unterstützt Friedens- und
Entwicklungsprojekte weltweit*

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Hermann Bredehorst (S. 2/3), Thomas Lohnes (S. 1) **Autoren** Ansgar Gilster, Sophia Wirsching

Redaktion Maike Lukow **V.i.S.d.P.** Thomas Sandner, Andreas Wagner
Berlin, Juli 2016

Globaler Alltag Migration

Über 230 Millionen Menschen leben weltweit als Migrantinnen und Migranten außerhalb ihrer Heimatländer. Dies entspricht etwa 3,2 Prozent der Weltbevölkerung - ein seit Jahrzehnten nahezu unveränderter Wert, auch wenn die absoluten Zahlen steigen. Migration ist globaler (Arbeits-) Alltag - für Saisonarbeiter, Fachkräfte oder Menschen, die aus familiären Gründen umziehen, sowie für Studierende, die ins Ausland gehen. 90 Prozent der Migrantinnen und Migranten sind nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erwerbstätig beziehungsweise haben ein arbeitendes Familienmitglied, das sie mitversorgt.



Die Mehrheit der Migrantinnen und Migranten weltweit zieht nicht nach Europa, sondern bleibt im globalen Süden.

Wer beschließt, aus beruflichen Gründen, für das Studium oder der Liebe wegen in ein anderes Land zu ziehen, hat die Freiheit und die Möglichkeit, über sein Leben selbst zu entscheiden. Nicht jeder plant, gleich mehrere Jahre oder gar sein ganzes Leben am neuen Ort zu bleiben. Wo es möglich ist, pendeln viele zwischen verschiedenen Ländern. Wenn Migration selbstbestimmt ist, kann sie entwicklungsfördernd sein: Sie trägt durch Austausch von Kultur und Wissen zur wirtschaftlichen und

gesellschaftlichen Entwicklung sowohl in den Heimat- wie auch den Zielländern bei. Doch Migration hat Schattenseiten: Auch wer sich frei entscheidet, seine Heimat zu verlassen, kennt das Gefühl von Verlust und Entbehrung. Oft profitieren von den Vorteilen des Lebens und Arbeitens in einem neuem Land nicht die Migranten selbst, sondern erst ihre Kinder.

Diese vielfältige Realität von Migration gerät angesichts aktueller Schlagzeilen über Menschen, die auf der Flucht nach Europa sind, leicht aus dem Blick. Die allermeisten Migranten sind keine Flüchtlinge. Auch haben die meisten Migrantinnen und Migranten andere Länder als Deutschland zum Ziel. Selbst ein genereller Trend Richtung Europa ist nicht erkennbar. 82 Millionen Menschen, das heißt etwa 36 Prozent aller Migranten weltweit, migrieren innerhalb des globalen Südens. Zum Beispiel von Indonesien nach Saudi-Arabien oder von Nicaragua nach Costa Rica. Erst an zweiter Stelle kommt mit 35 Prozent die Gruppe derjenigen, die ihren Lebensmittelpunkt von Süden nach Norden verlegen, etwa von Marokko nach Spanien oder von den Philippinen nach Südkorea.

Die Beweggründe für Migration sind vielfältig, die Kosten und Risiken erheblich. Nicht selten

zwingt auch die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen Menschen dazu, ihre Heimatländer zu verlassen. Zum Beispiel, weil ökologische Probleme und die Folgen des Klimawandels die wirtschaftliche Lebensgrundlage zunichte machen und Geld, Technologie oder Wissen für die Anpassung an die veränderten Wetterbedingungen und Naturkatastrophen vor Ort fehlen. 20 Millionen Menschen sind derzeit Flüchtlinge, weil sie aufgrund von Krieg, Gewalt und Verfolgung ihr Land verlassen mussten. Die allermeisten von ihnen suchen Schutz in den unmittelbaren Nachbarstaaten: Neun von zehn Flüchtlingen weltweit leben in Entwicklungsländern.

Die Unterscheidung zwischen Flucht und Migration ist oft nicht eindeutig zu treffen. Denn die Realität ist komplizierter als die Kategorien. Flüchtlinge können zu erfolgreichen Arbeitsmigranten werden, Migranten werden - zum Beispiel durch einen ausbrechenden Bürgerkrieg - zu Flüchtlingen. Staatliche Regelungen werden oft der Lebenswirklichkeit von Migrantinnen und Migranten nicht gerecht, sind hochproblematisch oder missachten gar die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die für alle Menschen gleichermaßen gilt.

Kaum Schutz vor Ausbeutung und prekären Arbeitsbedingungen

Für viele Arbeitsmigrantinnen und -migranten endet der Aufbruch in ein anderes Land in prekären Arbeitsbedingungen, in Ausbeutung und Abhängigkeit bis hin zur Sklaverei. Solche Missstände finden sich in nahezu allen Branchen. Viele Millionen Bauarbeiter, Haushaltskräfte, Erntehelfer und Näherinnen arbeiten unter unmenschlichen Bedingungen, sind Gewalt ausgesetzt und erhalten nur einen geringen oder unregelmäßigen Lohn. Heruntergekommene Massenquartiere und exzessive Arbeitszeiten sind vielerorts die Regel. Darüber hinaus werden viele Frauen zu Opfern sexueller Ausbeutung. Nicht selten werden Migranten auch von Schleppern oder Arbeitgebern Pässe und Ausweispapiere abgenommen, so dass sie nicht entkommen oder in ihre Heimat zurückkehren können. Beispielhaft für solche kriminellen Bedingungen sind die Baustellen für die Fußballweltmeister-

schaft 2022 in Katar. Hunderttausende Wanderarbeiter und -arbeiterinnen sind seit Jahren mit dem Bau der Stadien beschäftigt. Ihre Arbeitsplätze sind kaum gesichert und die Löhne schlecht. Bis zu ihrer Fertigstellung, so befürchtet der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), werden auf den WM-Großbaustellen mindestens 4.000 Arbeiter wegen verheerender Arbeitsbedingungen umgekommen sein.

Dabei gibt es völkerrechtliche Instrumente wie die Wanderarbeitnehmerkonvention der Vereinten Nationen sowie Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die Staaten dazu verpflichten, faire und menschenwürdige Arbeitsmigration zu garantieren. Doch praktisch bleiben diese Vereinbarungen oft folgenlos: Die große Mehrzahl der Staaten hat es bislang abgelehnt, die Wanderarbeitnehmerkonvention zu ratifizieren. Obwohl die Konvention keine zusätzlichen Rechte definiert, sondern lediglich die Allgemeinen Menschenrechte für Arbeiterinnen und Arbeiter, die grenzüberschreitend beschäftigt sind, konkretisiert. Die Konvention betont besonders die Notwendigkeit, den Arbeitern Informationen zugänglich zu machen. Denn zur Verbesserung der Situation von Migranten und Migrantinnen ist es wichtig, dass diese über ihre Rechte Bescheid wissen. Schon bevor Migrantinnen und Migranten ihr Heimatland verlassen, sollten sie Kenntnis über ihre Aufenthalts- und Arbeitsrechte im Zielland haben und wissen, wie sie sich gegen Ausbeutung und Missbrauch schützen können. In diese Richtung weisen auch die Sustainable Development Goals (SDG's), die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die die internationale Staatengemeinschaft bis zum Jahr 2030 umsetzen will. Zwar sind solche Absichtserklärungen keine Garantie für mehr Gerechtigkeit für alle. Doch sie bringen Dynamik in die Debatte über faire Arbeitsbedingungen, bieten konkrete Indikatoren, an denen sich staatliche Regelungen messen lassen, und schaffen so öffentlichen Druck.

Migration, die vermeintliche Bedrohung

Obwohl in der Politik Entwicklung generell als ein legitimes Ziel gilt, werden Menschen, die ihr Leben durch Migration verbessern wollen, oft

diskreditiert, als „Wirtschaftsflüchtlinge“ diffamiert oder, wenn ihre Papiere nicht stimmen, als „illegale Einwanderer“ kriminalisiert. Der polemische Ton vieler Debatten zeigt, dass es oft nicht um sachliche Gründe geht, sondern vielmehr um Furcht oder Feindlichkeit gegenüber Menschen, die als fremd erscheinen.

Die Arbeitsmigration von Entwicklungsländern in Industrieländer steht besonders häufig im Fokus der Kritik. Dabei wird auf zwei Hauptargumente zurückgegriffen. Erstens sei die ungesteuerte Migration von gering qualifizierten Menschen eine Gefahr für die Arbeitsmärkte in den reicheren Zielländern. Zweitens führe die Einwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften zu einem unverantwortlichen Braindrain, also einem Mangel an Fachpersonal, in den ärmeren Heimatländern. Solche Einwände sind jedoch viel zu pauschal. Denn durch kluge Migrationspolitik können sowohl das Zielland, das Herkunftsland als auch die Migrantinnen und Migranten profitieren. Wirtschaftsfachleute verweisen immer wieder darauf, dass angesichts des demografischen Wandels viele Zielländer dringend auf Migration angewiesen sind, wenn sie ihr Wohlstandsniveau wahren wollen. Und nicht nur Wirtschaftswachstum und Arbeitskräfte spielen eine Rolle. Auch dürfen die gesellschaftlichen und kulturellen Zugewinne und Lerneffekte durch Migration nicht übersehen werden.

Migration als Chance

Viele Herkunftsländer von Migrantinnen und Migranten wiederum profitieren immens von den Geldüberweisungen („Remittances“) der Verwandten, die in der Diaspora arbeiten. Gemessen am Anteil des Bruttoinlandsprodukts sind Tadschikistan (42 Prozent), Kirgistan (32 Prozent) und Nepal (29 Prozent) die drei größten Empfängerländer. Derzeit übertreffen diese Rücküberweisungen alle globalen staatlichen Entwicklungsgelder um das Dreifache. Im günstigsten Fall befähigen sie Familien und Gemeinden dazu, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern, indem sie ein Stück Land pachten oder ein Geschäft eröffnen können und dadurch von den Überweisungen und Migration unabhängiger werden. Darüber hinaus übermitteln Migrantin-

nen und Migranten auch Kompetenzen, Erfahrungen und Kontakte in ihre Herkunftsregionen. Manche kehren außerdem nach einer Weile in ihr Herkunftsland zurück, weil sich dort die Ausgangssituation verändert hat oder es sich aus ihrer Lebensplanung ergibt.

Leitlinien für eine entwicklungs-fördernde und menschliche Migrationspolitik

Statt Migrantinnen und Migranten darin zu unterstützen, ihre eigenen Lebenspläne, Hoffnungen und Ziele zu verfolgen, werden durch bestehende nationale wie internationale Gesetzgebung vielerorts Freizügigkeit und Menschenrechte eingeschränkt. Auch die aktuelle EU-Migrationspolitik der Abschottung trägt dazu bei. Aufgrund dieser reisen nur relativ wenige Hochqualifizierte und Fachkräfte mit entsprechenden Aufenthaltstiteln in die EU-Staaten ein, dabei braucht die Wirtschaft – in Europa wie weltweit – nicht nur gut Ausgebildete. Ganze Branchen sind von weniger qualifizierten Arbeitskräften, Saisonarbeitern und Erntehelferinnen abhängig. Auch für sie bedarf es legaler Migrationsmöglichkeiten, um Schwarzarbeit und ausbeuterische oder ungeschützte Arbeitsverhältnisse zu verhindern. Es ist deshalb nötig, Leitlinien kluger Migrationspolitik zu formulieren. Eine solche Migrationspolitik muss

- Arbeitsmärkte für Migrantinnen und Migranten flexibel zugänglich machen, nicht nur für Hochqualifizierte und Fachkräfte, sowie für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und für eine Willkommenskultur sorgen;
- für einen Arbeitnehmerschutz sorgen, der internationalen Standards entspricht und vor Ausbeutung und Missbrauch genau wie vor Gefahren am Arbeitsplatz schützt;
- eine unabhängige internationale Migrationsberatung anbieten, um Migrationswilligen realistische Abwägungen und Entscheidungen zu ermöglichen;
- fair gestaltete Anwerbestrategien einfordern, um den Braindrain für die Herkunftsländer und Ausbeutung der Migrantinnen und Migranten zu vermeiden;

- sowie flexiblere Möglichkeiten zur sogenannten zirkulären Migration bieten, sodass Migrantinnen und Migranten auch für längere Zeit in ihre Heimat zurückkehren können, ohne die Möglichkeit zu verlieren, zum Leben und Arbeiten erneut in das Zielland zu gehen oder sich in anderen Staaten aufzuhalten. So kann Migration Wissens- und Erfahrungstransfer befördern (Braingain).

Brot für die Welt fördert für die Umsetzung einer solchen Politik einerseits lokale Partnerorganisationen, die Migrantinnen und Migranten unmittelbar unterstützen, und stärkt andererseits auch migrationspolitische Netzwerke, die sich für die Menschenrechte von Migrantinnen und Migrantinnen auf der ganzen Welt einsetzen. Ein Schwerpunkt dieser Arbeit liegt in Südostasien, wo unter anderem hunderttausende Migrantinnen als Hausangestellte, Putzkräfte und Kindermädchen arbeiten. Ihr Lohn und ihre Arbeitsbedingungen sind meist höchst prekär, nicht selten werden sie Opfer von Ausbeutung und Missbrauch. Die von Brot für die Welt unterstützte Asia Pacific Mission for Migrants (APMM) beispielsweise klärt deswegen Migrantinnen in Workshops über ihre Rechte auf, erstellt Informations- und Bildungsmaterial, vermittelt finanzielle und medizinische Hilfe in Notsituationen, übt politischen Druck aus und vernetzt Migrations-Initiativen aus dem gesamten südostasiatischen und pazifischen Raum.

Zum Weiterlesen

Brot für die Welt (2012): Steuerung von Migration oder Beteiligung von Migrantinnen und Migranten. Das Global Forum on Migration and Development. Veröffentlicht unter: www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Aktuell/Aktuell_34_Migration_Internet.pdf

Diakonie Deutschland (2015): Von Arbeitsausbeutung bis Menschenhandel. Grundlagen und Praxistipps für die Beratung. Veröffentlicht unter: <http://www.diakonie.de/diakonie-broschue-von-arbeitsausbeutung-bis-menschenhandel-16456.html>

Diakonie Deutschland (2012): Leitlinien Arbeitsmigration und Entwicklung, Positionspapier. Veröffentlicht unter: www.diakonie.de/media/Text-03_2012-LeitlinienArbeitsmigration.pdf

Diakonie Deutschland (2007): Diakonie in der Einwanderungsgesellschaft – Mitten im Leben. Rahmenkonzeption Migration, Integration und Flucht. Veröffentlicht unter: www.diakonie.de/Texte-2007-17_Einwanderungsgesellschaft.pdf

Brot für Welt-Blog zu Menschenrechten und Entwicklung: <http://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/sophia-wirsching>

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Flüchtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Flüchtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Foto Peter Bialobrzeski/laif **Autoren** Ansgar Gilster, Sophia Wirsching **Redaktion** Johannes Brandstätter, Maïke Lukow **V.i.S.d.P.** Thomas Sandner, Andreas Wagner

Berlin, Dezember 2015

Migration, Flucht und Binnenmigration in Afrika

Der Schein trügt: Trotz der großen Zahl von Flüchtlingen und Migrant*innen, die auf Schutz und Chancen in der Europäischen Union hoffen, sind die meisten Flüchtlinge nicht auf dem Weg nach Europa. Neun von zehn Flüchtlingen weltweit leben in Entwicklungsländern, ein Großteil davon in Afrika. Das wird häufig übersehen. Genau wie die zahlreichen Konflikte und Menschenrechtsverletzungen auf dem afrikanischen Kontinent, die in der weltweiten Medienöffentlichkeit nur wenig Beachtung finden.



Äthiopien liegt auf Rang 5 der Länder auf der Welt, die global gesehen die meisten Flüchtlinge aufnehmen. Das größte Flüchtlingslager ist Dolo Ado, in dem viele somalische Flüchtlinge unterkommen.

Ein Beispiel dafür ist die Westsahara: Seit 40 Jahren hält Marokko die Region - von der Fläche fast so groß wie Italien - besetzt und verwehrt der Bevölkerung grundlegende Menschenrechte und ein Referendum über ihre Unabhängigkeit. Aus den Schlagzeilen ist der Konflikt lange verschwunden. Auch aktuelle Konflikte in der Zentralafrikanischen Republik, im Südsudan,

Mali oder Nigeria werden genau wie bereits seit langem bestehende Krisen in Somalia, Eritrea oder der Demokratischen Republik Kongo von der Öffentlichkeit in anderen Ländern weitgehend vergessen. Doch aufgrund dieser Konflikte sehen sich viele Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Südlich der Sahara suchen 4,4 Millionen Menschen jenseits ihrer eigenen Landes-

grenzen Zuflucht, mehr als 730.000 allein in Äthiopien. Zudem flüchten in der Region knapp 12 Millionen Menschen als Binnenvertriebene im eigenen Land. Weil viele Konfliktparteien – in Somalia beispielsweise die islamistischen Al-Shabaab-Milizen – die Arbeit internationaler Hilfsorganisationen in den von ihnen kontrollierten Gebieten behindern, sind die Binnenvertriebenen besonders schutzlos und für humanitäre Hilfe schwer erreichbar.

Fluchtursachen

Die Fluchtursachen auf dem afrikanischen Kontinent sind meist gewaltsame Auseinandersetzungen um Macht, Land oder Rohstoffe. Oft werden diese Konflikte zudem religiös oder ethnisch aufgeladen. So entwickelte sich beispielsweise im erst 2011 gegründeten Südsudan aus einem politischen Machtkampf ein Bürgerkrieg entlang ethnischer Linien, in dem bereits zehntausende Menschen getötet wurden. Rund 720.000 Menschen sind vor dieser Gewalt in die Nachbarländer geflohen – nach Äthiopien, Uganda und den Sudan. 1,6 Millionen Menschen sind im Land als Binnenvertriebene auf der Flucht.

In der Zentralafrikanischen Republik leidet die Bevölkerung unter religiös aufgeladener Gewalt. Nach dem Putsch der muslimischen Séléka-Rebellen gegen den Präsidenten Anfang 2013 formierten sich christliche Milizen, die mit Vergeltungsaktionen und Pogromen an der muslimischen Minderheit reagierten. In den letzten Jahren mussten rund 470.000 Menschen nach Kamerun, in den Tschad und in die Demokratische Republik Kongo fliehen. In der DR Kongo herrschen jedoch auch Gewalt und Gesetzlosigkeit. Knapp drei Millionen Kongolese, vor allem aus dem Osten des Landes, sind derzeit auf der Flucht vor den Kämpfen zwischen verschiedenen Rebellengruppen untereinander sowie mit der kongolesischen Armee. Dabei geht es nicht nur um politische Macht, sondern auch um territoriale Kontrolle und die Vorherrschaft über die Mineralien- und Metallvorkommen wie Gold, Coltan, Wolfram und Zinn, die weltweit von der Elektronikindustrie begehrt werden.

Auch wer der akuten Lebensgefahr entkommen konnte, ist meist noch lange nicht in Sicherheit. Dort, wo Krieg und blutige Auseinandersetzungen stattfinden, können nur noch wenige Äcker bestellt werden. Hunger ist oft eine unmittelbare Folge der Konflikte und Teil des Kreislaufs von Gewalt, Not und Flucht, dem die Schutzsuchenden aus eigener Kraft kaum entkommen können. Dazu kommen die landwirtschaftlich oft schwer nutzbaren Böden, Dürren, Überschwemmungen und andere Folgen extremen Wetters und des Klimawandels. Viele Vertriebene können sich deswegen über Jahre nicht dauerhaft an einem Ort niederlassen.

Brot für die Welt unterstützt lokale Partnerorganisationen mit Projekten, die sich für Menschenrechte, Frieden und Nachhaltigkeit einsetzen und dadurch nicht nur die Fluchtsituation erträglicher machen, sondern bereits die Fluchtursachen wie Gewalt, Diskriminierung oder Landraub wirkungsvoll bekämpfen. Die Diakonie Katastrophenhilfe fördert in diesem Zusammenhang Projekte mit dem Ziel, ein sicheres und würdevolles Überleben von Vertriebenen und Flüchtlingen am Fluchtort sicher zu stellen oder deren Reintegration zu garantieren. Dabei orientiert sie sich am lokalen Bedarf und unterstützt mit unterschiedlichen Maßnahmen wie beispielsweise der Verteilung von Hilfsgütern, Bereitstellung von Gesundheitsversorgung oder Wiederaufbau. Flüchtlinge werden nicht nur mit Sachgütern versorgt, sondern erhalten je nach Situation auch Geldkarten oder Gutscheine (sogenannte Cash Assistance), mit denen sie selbst entscheiden, wofür sie ihr Geld zu welchem Zeitpunkt ausgeben und können an einkommensschaffenden Maßnahmen teilnehmen, zum Beispiel durch Arbeiten auf Baustellen beim Wiederaufbau (Cash for Work).

Hilfe unter schwierigsten Bedingungen

Niedergebrannte Häuser und verlassene Dörfer sind stumme Zeugen der humanitären Katastrophe, die sich zurzeit in der Zentralafrikanischen Republik abspielt. Seit dem gewaltsamen Putsch im Frühjahr 2013 herrscht Ausnahmezustand in dem Land im Herzen Afrikas. 2,5 Millionen

Menschen – über die Hälfte der 4,6 Millionen Einwohner – brauchen nach Angaben der Vereinten Nationen dringend Hilfe. Hunderttausende sind auf der Flucht. Doch fast nirgendwo auf der Welt ist es für Hilfskräfte so schwierig und so gefährlich Hilfe zu leisten.

Gemeinsam mit dem Lutherischen Weltbund sichert die Diakonie Katastrophenhilfe die Lebensgrundlage von rund 60.000 Menschen. So werden in verschiedenen Gemeinden der Regionen Mambéré Kadéi und Sangha Mbaéré Wasserentnahmestellen repariert und die Trinkwasserversorgung der Menschen sichergestellt. In 30 Gemeinden werden insgesamt 150 Latrinen errichtet und die Gemeinden in deren Instandhaltung geschult. Zur Deckung ihrer Nahrungsmittelbedürfnisse erhalten zudem 7.500 besonders bedürftige Haushalte Wertgutscheine, mit denen sie zusätzliche Nahrungsmittel kaufen können. Damit neben der Grundversorgung auch Chancen auf Einkommensquellen entstehen, werden 600 Menschen in Landwirtschaft und nachhaltigen Anbautechniken geschult und mit neuen Produktionsgeräten wie Spaten oder Spitzhacken sowie mit Saatgut ausgestattet. Ein zweites Projekt unterstützt Flüchtlinge aus der Zentralafrikanischen Republik, die in den benachbarten Tschad geflohen sind. In mehreren Camps nahe der Grenze verteilen die Helfer Decken, Matten, Kochgeschirr und anderen Alltagsbedarf, die den Neuankömmlingen die ärgste Not überstehen helfen.

Eritrea – Die größte Katastrophe ist das Vergessen

Auch die Zahl der Flüchtlinge aus Eritrea steigt seit Jahren. Bis zu 5.000 Menschen fliehen inzwischen pro Monat aus dem Land im Nordosten Afrikas. Sie flüchten nicht vor Krieg und Hunger, sondern vor einer brutalen Diktatur, in der Menschenrechtsverletzungen, Zwangsarbeit, unbefristeter Militärdienst, willkürliche Inhaftierungen, eine tiefgreifende Perspektivlosigkeit und Verfolgung den Alltag prägen.

Für viele Flüchtende endet die Hoffnung auf Sicherheit und Freiheit jedoch bereits in den

Grenzregionen Tigray und Afar im Nordosten des Nachbarlandes Äthiopien – Regionen, in denen das Überleben ohnehin extrem schwierig ist. Hitze und Dürre prägen die Region. Die einheimische Bevölkerung lebt mehr schlecht als recht von der Viehhaltung. Die Lebensbedingungen der Flüchtlinge sind noch katastrophaler. Ohne Arbeitsmöglichkeiten und Besitz fehlt es ihnen an allem. An Lebensmitteln ebenso wie Gesundheitsversorgung oder Möglichkeiten zum Schulbesuch.

Gemeinsam mit äthiopischen Partnerorganisationen arbeitet die Diakonie Katastrophenhilfe seit über zwei Jahren daran, den rund 15.000 eritreischen Flüchtlingen im Afar-Gebiet sowie den mehr als 100.000 Flüchtlingen im Tigray-Gebiet ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Besonders kümmert sich die Diakonie Katastrophenhilfe mit den Partnerorganisationen um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und junge Erwachsene. Eine Grundschule wurde ausgebaut, in der Flüchtlingskinder mit einheimischen Kindern aus dem Dorf gemeinsam lernen und einen anerkannten Schulabschluss machen können. In zwei Ausbildungszentren haben junge Menschen die Chance, Berufe zu erlernen, um sich später im Kleinhandel oder mit einem Handwerk selbstständig zu machen. Auch ein Fußballplatz und ein Volleyballfeld sind Teil der Hilfsprojekte und bieten den Jugendlichen eine Möglichkeit, Trauma und Trostlosigkeit zumindest beim Sport zu vergessen.

Zukunftsperspektiven schaffen

Wer flieht und nicht weiß, ob und wann er in seine Heimat zurückkehren kann, braucht für den Übergang und langfristig Perspektiven, um zu überleben. Gemeinsam mit einer Partnerorganisation hilft Brot für die Welt darum beispielsweise in Adjumani im Norden Ugandas über 100.000 Flüchtlingen aus dem Südsudan, die zum Teil in eigenen Siedlungen leben, zum Teil in Dörfern mit der einheimischen Bevölkerung. Das Projekt unterstützt die Flüchtlinge dabei, Ackerflächen zur Bewirtschaftung, Werkzeuge und Saatgut für den Getreide- und Gemüseanbau zu erhalten. Auf diesen können die Familien

Getreide und Gemüse anbauen, um sich ausreichend und ausgewogen ernähren zu können. Denn mehr als ein Viertel aller Flüchtlingskinder leidet an Hunger und Mangelernährung.

Weil die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner in den Dörfern durch die südsudanesischen Flüchtlinge stark gestiegen ist, wurden in Adjuvani außerdem zehntausende neue Bäume für den erhöhten Brennholzbedarf angepflanzt undholzsparende Kochstellen eingerichtet. Flüchtlinge können Berufe erlernen, um sich eine neue Existenz aufbauen zu können. Durch die Auseinandersetzungen in ihrer Heimat im Südsudan sind viele Kinder und Erwachsene Opfer oder Zeugen von Gewalt geworden und traumatisiert. Brot für die Welt und seine Partnerorganisation bieten ihnen psychosoziale Hilfe, um diese Gewalterfahrungen zu bewältigen. Das Projekt ist auch deswegen sehr erfolgreich, weil die lokale Bevölkerung mit großer Gastfreundschaft und Hilfsbereitschaft auf die Flüchtlinge zugeht. Viele Menschen aus Uganda waren im Bürgerkrieg zwischen 1986 und 2006 selbst vor Gewalt und Gräueltaten in die Nachbarländer geflohen.

In der Demokratischen Republik Kongo unterstützt Brot für die Welt ehemalige Kindersoldaten. Zehntausende Kinder, meist kaum im Teenageralter, wurden und werden im Osten der Republik von der Armee oder Rebellengruppen verschleppt und zum Kämpfen gezwungen. Gelingt ihnen die Flucht, sind sie so traumati-

siert, dass sie ohne Hilfe kaum in ein ziviles Leben zurückfinden können. Brot für die Welt fördert ein Bildungszentrum in der ostkongolischen Provinzhauptstadt Bukavu, das die Gemeinschaft der Baptisten in Zentralafrika (CBCA) betreibt. Das Zentrum bietet den ehemaligen Kindersoldaten Ausbildung und Qualifizierung in 19 Berufsfeldern an, unter anderem im Gitarrenbau. Statt Waffen nehmen die Auszubildenden jetzt Werkzeuge in die Hand und erarbeiten sich Zukunftschancen ohne Gewalt. Bildung ist ein zentraler Baustein der vielen Projekte für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, die Brot für die Welt in Afrika unterstützt.

Zusammenarbeit von Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe

Nachhaltige Hilfe setzt im Verständnis von Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe immer auf mehreren Ebenen an: Humanitäre Hilfe hilft dort, wo Menschen in akuter Not sind oder Konflikte über Jahre andauern. Sie ist dabei mehr als Überlebenshilfe, sondern auch die Grundvoraussetzung zur weiteren Entwicklung. Entwicklungsprojekte, die Zukunftsperspektiven schaffen, gelingen wiederum nur, wenn auch die strukturellen Ursachen der Probleme verändert werden – zum Beispiel durch politische Lobbyarbeit beim Klimaschutz oder in der Friedenspolitik. Die unterschiedliche Arbeit von Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe ist daher eng verzahnt.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Flüchtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Flüchtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Foto Roman Farkas **Autoren** Ansgar Gilster, Angelika Söhne **Redaktion** Maike Lukow, Yvonne Papendorf, Jane Tournée, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Thomas Sandner, Andreas Wagner
Berlin, Juli 2016

Vor dem Klima auf der Flucht

Der Klimawandel verändert die Welt. Schon lange richtet das evangelische Hilfswerk Brot für die Welt sein Augenmerk auf diejenigen, die von den Veränderungen am stärksten betroffen sind. Das sind zumeist Menschen, die in den Ländern des Südens ohnehin unter Armut und Not leiden.



Die Veränderungen der klimatischen Verhältnisse zwingen immer mehr Menschen zur Flucht.

Immer mehr Menschen weltweit sind von der zunehmenden Wüstenbildung, dem Anstieg des Meeresspiegels, von Überschwemmungen oder Dürre betroffen. Auch die Zahl extremer Wetterereignisse nimmt zu. Insbesondere in den Ländern des südlichen Afrikas, in Asien oder Mittel- und Südamerika ereignen sich Naturkatastrophen häufiger und mit zunehmender Heftigkeit. Überschwemmungen, Sturmfluten oder anhaltende Dürren treffen hier oft auf besonders arme und verwundbare Regionen und Menschen, denen es an Möglichkeiten und Mitteln fehlt, sich vor den Gefahren angemessen zu schützen oder sich an sie anzupassen.

Nach Angaben des Norwegischen Flüchtlingsrats und dem International Displacement Monitoring Center haben die Folgen extremer Wetterereignisse im Jahr 2014 mehr als 19,3 Millionen Menschen in 100 Staaten um ihr Zuhause gebracht. Seit 2008 wurden durchschnittlich 26,4 Millionen Menschen jährlich aufgrund extremen Klimas aus ihrer Heimat vertrieben, besonders innerhalb von Entwicklungsländern.

Brot für die Welt und die Diakonie Katastrophenhilfe unterstützen Betroffene gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen durch Katastrophenvorsorge und Anpassungsmaßnahmen.



Dürre macht den Menschen in der Sahelzone immer mehr zu schaffen und zwingt sie dazu, ihre Dörfer zu verlassen.

Denn extreme und unvorhersehbare klimatische Bedingungen wirken sich stark auf Fischerei und Landwirtschaft aus, die die Existenzgrundlage vieler besonders verletzlicher Menschen bilden. Gleichzeitig setzt sich Brot für die Welt auch auf nationaler und internationaler Ebene mit Lobby- und Advocacyarbeit für die Rechte der Menschen ein, die von Umweltveränderungen und Naturkatastrophen besonders betroffen sind. Brot für die Welt tritt dafür ein, dass Umwelt- und Klimaveränderungen durch die globale Erderwärmung international als Fluchtursachen anerkannt werden. Es braucht effektive, rechtlich verbindliche Schutzmechanismen auf nationaler Ebene und über internationale Grenzen hinweg.

Wer ist besonders gefährdet?

Klimawandel und Wetterextreme sind wichtige Triebkräfte für Migration und Flucht. Wenn Hitzewellen ganze Regionen austrocknen und der Regen ausbleibt oder zu heftig auftritt, ist das Überleben vieler Menschen gefährdet. Ernten werden vernichtet und Wasser wird vielerorts zum knappen Gut. Ganze Inselstaaten sind durch den steigenden Meeresspiegel vom Verschwinden bedroht, Küstenregionen leiden unter häufigeren und heftigeren Überschwemmungen.

Besonders Leidtragende sind oft die ohnehin Armen und Marginalisierten in Entwicklungsländern, deren Widerstands- und Anpassungsfähigkeiten begrenzt sind.

Eine verlässliche Aussage darüber, wie viele Menschen tatsächlich aufgrund der Klimawandelfolgen in die Flucht gezwungen werden, ist schwer möglich. Denn Klima- und Umweltveränderungen sind selten der einzige Grund, das Lebensumfeld zu verlassen. Ursachen dafür können zum Beispiel auch der fehlende Zugang zu Land und zu Bildungs- oder Gesundheitsdienstleistungen oder mangelnde Einkommensmöglichkeiten sein. Der Klimawandel verstärkt all diese Gründe.

Rechtliche Anerkennung fehlt

Menschen, die aufgrund von Klimawandelfolgen gezwungen sind, wegzuziehen, werden nach der Genfer Flüchtlingskonvention nicht als Flüchtlinge anerkannt. Sie haben keinen internationalen Anspruch auf Flüchtlingsschutz oder Unterstützung.

Doch Schutzrechte für die Betroffenen von klima- und umweltbedingter Flucht sind dringend notwendig – für Verbesserungen der Rechts-

situation und Lebensbedingungen der Geflüchteten. Diskussionen über eine mögliche Erweiterung der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) oder eine neue Konvention für Klimaflüchtlinge versprechen momentan jedoch nur wenig Ergebnisse; nicht zuletzt, weil es an politischem Willen der Staaten mangelt.

Ein Lichtblick ist die im Oktober 2015 verabschiedete Nansen-Schutzagenda, die von 109 Staaten unterstützt wird. Sie ist das Ergebnis einer mehrjährigen Konsultation zwischen Ländern, um vom Klimawandel Vertriebene international besser zu schützen. Die Nansen-Schutzagenda bietet praktische Handlungsempfehlungen für den konkreten Umgang mit Entwurzelten und verknüpft humanitäre Hilfe, Menschenrechte, Flüchtlingsschutz, Migration und Anpassung, Risikominderung und Entwicklung. Fortgesetzt wird die Arbeit zur Verwirklichung der Schutzagenda in der neuen „Platform on Disaster Displacement“, die im Mai 2016 ins Leben gerufen wurde.

Vorsorge und Entwicklung

Nicht alle, die unter den veränderten Wetterbedingungen leiden, können es sich leisten, sich

selbst und ihr Hab und Gut in Sicherheit zu bringen. Um größere Distanzen zurücklegen zu können, braucht es vor allem Ressourcen, über die viele der Betroffenen aufgrund von Armut und Ausgrenzung gar nicht verfügen. Kinder, Frauen, alte und kranke Menschen sind besonders häufig gezwungen zu bleiben. Außerdem ist Migration vielerorts streng reguliert oder sogar verboten.

Um die vom Klimawandel und Naturkatastrophen Betroffenen zu unterstützen, müssen deswegen zunächst Risikogebiete und besonders gefährdete Haushalte identifiziert werden. Sie müssen in ihrer Widerstandsfähigkeit gegen die Klimawandelfolgen gestärkt werden, indem die Risiken erkannt und Vorsorge- und Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden - zum Beispiel, indem dürreresistentes Saatgut in der Landwirtschaft verwendet wird oder nachhaltige Deichsysteme zum Umgang mit großen Wassermassen errichtet werden.

Schon heute ist es vielerorts jedoch nicht mehr möglich, Schäden und Verluste infolge des Klimawandels durch Schutz- und Anpassungsvorkehrungen vorzubeugen. Hier brauchen die besonders Verwundbaren Unterstützung zum Beispiel



Auf der Insel Viketawa im Südpazifik standen einst Palmen und Fischerhütten, doch weil der Meeresspiegel steigt, leben hier heute nur noch Möwen und Krebse.

bei notwendigen Umsiedlungen. Wichtig ist bei all diesen Maßnahmen, dass die Betroffenen nicht nur informiert, sondern einbezogen und beteiligt werden. Ihre Rechte und Bedürfnisse müssen an erster Stelle stehen. Brot für die Welt und die Diakonie Katastrophenhilfe unterstützen beispielsweise im Rahmen von sogenannten Leuchtturmprojekten innovative Maßnahmen zur Klimaanpassung für besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen, durch die beispielsweise für Kleinbauernfamilien neue Möglichkeiten der Trinkwassererschließung oder zusätzliche Einkommen entwickelt werden.

Was fordert Brot für die Welt?

Um die negativen Folgen des Klimawandels zu bremsen, muss an erster Stelle die globale Erwärmung auf unter zwei Grad Celsius begrenzt werden. Dazu ist die drastische Minderung der Treibhausgasemissionen unverzichtbar.

Humanitäre Hilfe muss als kurz- und mittelfristiges Instrument zum Überleben akuter Krisen- und Notlagen gestärkt sowie ein Übergang zu struktureller Entwicklung und Anpassung ermöglicht werden. Für Anpassungsstrategien in besonders betroffenen Ländern oder Regionen ist neben finanzieller auch technische und technologische Unterstützung nötig. Wichtig sind Entwicklungsprogramme, die die allgemeine Widerstandsfähigkeit der Betroffenen stärken. Auch Migration muss als legitime und in vielen Fällen existentielle Anpassungsstrategie akzeptiert werden.

Dort wo es notwendig ist, sollten Umsiedlungsprogramme frühzeitig mit Betroffenen geplant und unter Wahrung der Menschenrechte umgesetzt werden.

Zum Weiterlesen

Brot für die Welt u.a. (2013): Auf der Flucht vor dem Klima. Veröffentlicht unter: www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Sonstiges/Auf_der_Flucht_vor_dem_Klima.PDF

Brot für die Welt/Germanwatch/Act Alliance (2015): Klimabedingte Schäden und Verluste. Profil 19. Veröffentlicht unter: www.brot-fuer-die-welt.de/themen/fachpublikationen

Brot für die Welt (2015): Weichen stellen für eine klimagerechte Zukunft. Veröffentlicht unter: www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Aktuell/Aktuell50_Weichen_stellen.pdf

Brot für die Welt/Oxfam/Klimaallianz/Jugendrotkreuz/Kindernothilfe (2014): Vom Klimawandel vertrieben. Veröffentlicht unter: www.die-klima-allianz.de/wp-content/uploads/2014/05/Vom-Klimawandel-vertrieben.pdf

Nansen-Initiative: www.nanseninitiative.org

Platform on Disaster Displacement: www.disasterdisplacement.org

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Christoph Püschner (S. 1), Carsten Stormer (S. 3), Probal Rashid (S. 2) **Autorin** Sophia Wirsching

Redaktion Maike Lukow **V.i.S.d.P.** Thomas Sandner, Andreas Wagner
Berlin, Juni 2016

Warum Menschen aufgrund von Krieg und Gewalt fliehen müssen

Weil ihr Leben durch Krieg und Gewalt bedroht ist, sehen sich immer mehr Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Auf dem Weg in vermeintlich sichere Gebiete nehmen sie große Anstrengungen und Gefahren auf sich.



Seit 2013 wird der Südsudan von blutigen Konflikten erschüttert. Mehr als eine Million Menschen sind auf der Flucht.

Im Jahre 2015 hat es weltweit 43 Konflikte mit „Gewalt hoher Intensität“ gegeben. 19 davon werden nach dem Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung als Kriege kategorisiert. Einige dieser Konflikte dauern bereits seit Jahren an und sind Grund dafür, dass Menschen keine Perspektive für sich sehen und Schutz in der Fremde suchen.

Traurige Beispiele für gewaltsam eskalierte Konflikte sind der Südsudan, die Zentralafrikanische Republik, Afghanistan, Syrien und der Irak. Auch Burundi und Ruanda sind bereits

seit vielen Jahren als Krisenregionen mit Millionen von Vertriebenen und Schutzsuchenden bekannt - ebenso wie Ost-Timor und Aceh, Kambodscha, Vietnam, Abchasien und Armenien/Aserbaidschan sowie Kolumbien, Guatemala, Honduras und Mexiko, um nur einige der Regionen auf der Welt zu nennen, in denen aufgrund von Gewalt und Krieg Menschen auf der Flucht sind.

Das hat auch mit uns in Deutschland zu tun: Denn viele der genannten Konflikte sind auch Folgen politischer Entscheidungen in Deutsch-



Mehr als 100 Organisationen engagieren sich seit 2011 in der Kampagne „Aktion Aufschrei“ für ein Verbot deutscher Rüstungsexporte.

land (Rohstoff-, Klima-, Wirtschafts-, Rüstungs-, Sicherheits-, Innen- und Handelspolitik). Politik und Handeln der Gesellschaft müssen darum auch bei uns darauf abzielen, Gewalt vorzubeugen und Konflikte gewaltfrei auszutragen, statt anderen, oft wirtschaftlichen, Interessen Vorzug einzuräumen. Darauf hinzuwirken ist auch Aufgabe der Kirchen und ihrer Hilfswerke. Die Förderung von Friedensarbeit, konstruktive Konfliktbearbeitung und friedenspolitische Lobbyarbeit sind für uns daher integraler Teil unserer entwicklungspolitischen Arbeit.

Was tut Brot für die Welt?

Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst setzt sich dafür ein, dass Konflikte nicht gewaltsam ausgetragen werden. Wenn Entwicklungszusammenarbeit friedensfördernd ausgerichtet ist, kann sie einen Beitrag zur Prävention von Gewalt leisten. Eine belastbare Alternative zu Gewalt und Unrecht aufzeigen zu können, schafft das größte Potential für friedliche Entwicklung. Das setzt jedoch langfristiges, konflikt-

sensibles Engagement und enge Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen vor Ort voraus. Wenn die Ursachen von Konflikten frühzeitig erkannt werden, können die lokalen Organisationen unterstützt werden, gewaltfreie und friedliche Methoden anzuwenden.

Aus den Erfahrungen unserer Partnerorganisationen lernen wir, dass die erfolgreiche Transformation von Konflikten von gewalttätiger zu friedlicher Austragung dort gelingt, wo das Friedenspotenzial der Bevölkerung explizit gestärkt wird. Hierzu müssen die Vernetzung von Akteuren ausgebaut und die Menschenrechts- und Friedensarbeit eng miteinander gedacht werden. Wir fördern friedliche Konfliktlösungen, die Aufrechterhaltung der Handlungsspielräume von Zivilgesellschaft, Versöhnung und die Verhinderung weiterer Gewalteskalation.

In der politischen Arbeit bemüht Brot für die Welt sich, Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Politikfeldern und die konfliktfrei-

benden Wirkungen deutscher Außen- und Entwicklungspolitik, aber auch Rohstoff-, Klima-, Rüstungs-, Sicherheits-, Wirtschafts-, Innen- und Handelspolitik aufzuzeigen. Die Arbeit an Fluchtursachen erfordert ein Umdenken in den unterschiedlichen Handlungsfeldern und eine friedensfördernde Ausrichtung, die nicht immer den unmittelbaren kurzfristigen Eigeninteressen, jedoch langfristigen Bedürfnissen nach Stabilität, Frieden und menschlicher Sicherheit entspricht.

In Deutschland arbeitet Brot für die Welt eng mit Netzwerken wie Aktion Aufschrei zusammen, die sich mit ihren Mitgliedsorganisationen mit kreativen Aktionsformen dafür einsetzen, dass es zu einem Stopp von deutschen Kleinwaffenexporten kommt. Gemeinsam wollen wir der nahezu unbegrenzten Verfügbarkeit der Kleinwaffen als „Massenvernichtungswaffe“ des 21. Jahrhunderts endlich eine wirksame Kontrolle entgegen setzen.

www.aufschrei-waffenhandel.de

Was fordert Brot für die Welt?

• **Lokale Friedenspotentiale stärken**

Zentral für die Prävention von gewaltsamen Konflikten ist die Unterstützung friedensbereiter Kräfte zur Früherkennung von Konfliktursachen, zur friedlichen Konfliktbeilegung und Versöhnung nach der Gewalteskalation. Daher muss die lokal betroffene Zivilgesellschaft in eigenständiger Verantwortung beteiligt werden, ihre Sicht und ihre Analyse bei der Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten einzubringen.

• **Beendigung von Waffenexporten**

Insbesondere die Einschränkung des internationalen Waffenhandels muss zentrales Element einer präventiven Politik sein. Deutschlands Rolle als einer der größten Exporteure von Klein- und Leichtwaffen, einhergehend mit einer mangelnden Endverbleibskontrolle, hat dazu

geführt, dass in nahezu jedem gewaltsam eskalierten Konflikt deutsche Waffen im Einsatz sind. Daher setzen wir uns mittelfristig für einen kompletten Stopp von Kleinwaffenexporten ein.

• **Friedenspolitisches Leitbild**

Wir setzen uns dafür ein, dass eine „Friedenslogik“ anstatt einer „Sicherheitslogik“ zur Orientierungslinie des politischen Handelns Deutschlands wird. Dies bedeutet, dass wir ganz im Sinne der neuen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen sowohl alle nach innen als auch außen gerichteten politischen Handlungsfelder im Hinblick auf gewalt- und krisenpräventive, friedensfördernde Politik durch Deutschland ausrichten müssen.

Bekämpfung von Fluchtursachen durch Brot für die Welt

Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist eine langfristige Aufgabe. Sie ersetzt nicht unsere Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen, die nach Europa kommen.

Fluchtursachen sind vielfältig, häufig beruhen sie auf fehlender Rechtsstaatlichkeit und der systematischen Verletzung der universell anerkannten Menschenrechte, sowohl der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen als auch der bürgerlichen und politischen. Darüber hinaus können unfaire Handelsbeziehungen und unternehmerisches Handeln unter Inkaufnahme von Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise durch Landgrabbing, zu Fluchtursachen werden. Ein weiterer Grund für die Flucht von Menschen ist die Zunahme von gewaltsam ausgetragenen Konflikten.

Brot für die Welt unterstützt Menschen in ihren Herkunftsländern, die sich für rechtsstaatliche, die Menschenrechte achtenden Strukturen einsetzen und auch



Mit Konflikttraining wie hier in Nord Kivu/Kongo sollen Frauen in ihren Rechten gestärkt und Gewalt vorgebeugt werden.

auf globaler Ebene gegenüber ihren Regierungen eine Rechenschaftspflicht einfordern. Außerdem fordert Brot für die Welt auch in der Agrar-, der Handels- und Wirtschafts- und der Klimapolitik ein kohärentes Vorgehen, um zu verhindern, dass Menschen unfreiwillig ihr Land verlassen müssen. Gleichzeitig setzt sich Brot für die Welt für eine Friedenspolitik ein, die auf Prävention setzt.

Zum Weiterlesen

Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst (2015): Leitbild Frieden - Was heißt friedenslogische Flüchtlingspolitik? Dialog 14. www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Dialog/Dialog_14_Leitbild_Frieden.pdf

Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst (2015): The churches and political conflict in the horn of Africa. Dialogue 15. www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Dialog/Dialogue15_The_churches_and_political_conflict_in_the_horn_of_africa.pdf

Flyer der Kampagne „Aktion Aufschrei“ www.aufschrei-waffenhandel.de/typo3temp/pics/1350ade46d.jpg

GKKE-Rüstungsexportbericht www3.gkke.org/fileadmin/files/downloads-allgemein/GKKE_REB_2014_fuer_Bundespressekonferenz.pdf

Brot für die Welt (2009): Konflikttransformation und Friedensarbeit. Profil 1. www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Profil/Profil_01_Konflikttransformation_Internet.pdf

Evangelischer Entwicklungsdienst (2009): Mit Konflikten umgehen - die Perspektive wechseln. www.brot-fuer-die-welt.de/static/shop-eed/eed_mit-konflikten-umgehen_09_deu.2.pdf

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Flüchtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Flüchtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Nils Carstensen (S. 1), Thomas Lohnes (S. 4), Samantha Staudte/IPPNW (S. 2) **Autoren** Andreas Dieterich, Wolfgang Heinrich, Caroline Kruckow **Redaktion** Maike Lukow, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Thomas Sandner, Andreas Wagner Berlin, Juni 2016

Um des Glaubens Willen – verfolgt aufgrund der religiösen Überzeugung

Jesiden im Irak oder muslimische Rohingya in Myanmar sind nur zwei bekannte Beispiele für Minderheiten, die aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Von religiöser Verfolgung spricht man, wenn Menschen aufgrund ihrer religiösen Überzeugung oder Ausübung ihres Glaubens diskriminiert werden.



Religiöse Verfolgung kann vom Staat ausgehen, beispielsweise wenn eine Staatsreligion vorgegeben ist, aber auch von nicht-staatlichen Akteuren.

Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte schreibt fest: Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen. Seit Jahrhunderten werden Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit verfolgt. Sie werden

benachteiligt, vertrieben oder getötet und ihre Heiligen Stätten zerstört. Das betrifft Angehörige fast aller Religionen. Ausgehen kann diese Gewalt aus vorgeblich religiösen Gründen von Andersgläubigen genauso wie von atheistisch geprägten Akteuren.

Beispiel Nigeria

Nigeria ist mit über 170 Millionen Menschen das bevölkerungsreichste Land Afrikas und mit über 300 verschiedenen Sprachen geprägt von kultureller Vielfalt. Der Islam und das Christentum bilden die beiden größten Religionsgemeinschaften, wobei jeweils viele verschiedene Strömungen und Gruppen dazu zählen. Außerdem ist in einigen Landesteilen traditionelle Religion von Bedeutung.

Das Land wurde seit Beginn der 1980er Jahre und bis 1999 von Militärdiktatoren regiert und entwickelt sich seither als junge Demokratie. Das fand seinen bisherigen Höhepunkt im Frühjahr 2015, als es in den weitestgehend friedlich verlaufenden Wahlen zu einem Regimewechsel von der Regierungs- zur Oppositionspartei kam. Nigeria ist aufgrund seines Ölreichtums in den letzten Jahren zwar zur stärksten Wirtschaftsmacht Afrikas aufgestiegen, die Armut im ländlichen Raum und die ungleiche Verteilung des Wohlstands sind jedoch immer noch sehr ausgeprägt. Nach den wichtigsten Indikatoren zur Beschreibung des Entwick-



Junge Familie aus dem Nordosten Nigerias, die in einem Flüchtlingslager bei Abuja vorübergehend eine sichere Bleibe gefunden hat. Das Lager wird unter anderem vom BfdW-Partner ECWA unterstützt.

lungsstands rangiert das Land weltweit nach wie vor im unteren Drittel.

In 12 nördlichen der 36 Bundesstaaten Nigerias gilt die Scharia, das religiöse Gesetz des Islams. Urteile der Scharia-Gerichte werden oft in Prozessen geführt, die teils im Widerspruch mit der Verfassung des Landes stehen. Es kommt vor, dass den Angeklagten kein Rechtsbeistand gewährt wird oder Urteile aufgrund von Geständnissen gefällt werden, die unter Folter erpresst wurden. Frauen werden von der Scharia-Rechtsprechung besonders diskriminiert.

Terrorgruppen wie Boko Haram setzen sich für einen salafistisch geprägten Islam in ganz Nigeria und gegen die westliche Lebensweise, auch Bildung, ein. Dies führt immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Christen wie auch mit Muslimen. Die Ursachen der Konflikte sind in der Regel sozioökonomischer oder ethnischer Natur. Sie liegen in der

klimabedingten Verknappung von Wasser- und Landressourcen, die eine friedliche Koexistenz von Ackerbauern und Viehhirten immer schwieriger werden lassen. Hinzu kommen die Vernachlässigung der Region durch die Zentralregierung und die leichte Verfügbarkeit von Waffen. Die Gewalt entzündet sich häufig an der religiösen Zugehörigkeit von Bevölkerungsgruppen. Vor dem Hintergrund zunehmender Perspektivlosigkeit mobilisieren radikalisierte muslimische Gruppierungen unter Nutzung religiös-traditioneller Werte gegen alles, was westlich erscheint.

Seit dem Auftreten von Boko Haram ist eine Eskalation der Gewalt zu beobachten. Zielscheibe des Hasses sind christliche Gemeinden genauso wie friedfertige muslimische Gemeinschaften und Imame. Bei der Bekämpfung der Terrorgruppen nehmen das Militär und die öffentliche Verwaltung massive Menschenrechtsverletzungen in Kauf.

Was tut Brot für die Welt

Partnerkirchen von Brot für die Welt bemühen sich trotz extrem erschwerten Bedingungen in Nigeria Beziehungen zu Muslimen aufrechtzuerhalten und Konflikte gewaltfrei zu lösen. So fördern sie den Dialog zwischen den Religionsgruppen, ermöglichen Begegnungen und gemeinsame Veranstaltungen und stärken die Kompetenzen der Menschen, um Konflikte auf friedliche Weise zu lösen.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl hatte der Christenrat von Nigeria (CCN) ein von Brot für die Welt gefördertes, breit angelegtes Programm der Bürgerrechtserziehung aufgelegt und seine Mitgliedskirchen aufgefordert, die Menschen zur Teilnahme an der Wahl zu mobilisieren, jedoch keine Position für oder gegen einen der beiden Kandidaten zu beziehen. Die Wählerinnen und Wähler sollten sich selbst ein Bild machen. Die Wahl selbst wurde an vielen Orten durch über 2.000 Kirchenvertreter und -vertreterinnen, die den CCN-Mitgliedskirchen angehören, beobachtet. Im Anschluss der Wahlen haben die Kirchenführer auf den Verlierer und bis dahin amtierenden Präsidenten Goodluck Jonathan eingewirkt, das Wahlergebnis anzuerkennen, um Gewalt vorzubeugen.

In Nigeria fördert Brot für die Welt derzeit 16 lokale kirchliche und nicht-kirchliche Organisationen für die Durchführung entwicklungsrelevanter Maßnahmen. Es handelt sich dabei vor allem um Kirchen, die über ihre Entwicklungsabteilungen integrierte Projekte im ländlichen Raum durchführen, sowie um kirchennahe Netzwerke, die landesweit agieren. Im Süden werden mehrheitlich Nichtregierungsorganisationen unterstützt, die vor allem im Bereich der Korruptionsbekämpfung, verbesserten Regierungsführung sowie Berufsbildungs- und Kleingewerbeförderung tätig sind.

Die nigerianische Regierung in der Pflicht

Häufig sind wirtschaftliche und machtpolitische Interessen die Ursache von Konflikten, die durch religiöse und ethnische Komponenten befördert

werden. Daher sind eine genaue Konfliktanalyse und deren Integration in die Friedensarbeit bei vermeintlich religiösen Konflikten sehr wichtig. Für die Partner von Brot für die Welt sind der Dialog mit staatlichen Strukturen und das Einfordern von Demokratie und guter Regierungsführung wichtig. Sie setzen sich für den Schutz und Garantie von Bürgerrechten ebenso ein wie für eine Politik, die auf eine gerechte, nachhaltige Entwicklung abzielt. Sie fordern von ihrer Regierung den Schutz von religiösen Minderheiten und eine bessere Unterstützung und Schutz der vielen Vertriebenen, die vor dem Terror Boko Harams aus dem Nordosten Nigerias in andere Landesteile geflohen sind.

Die Zahl der Binnenflüchtlinge wird derzeit auf 1,5 Millionen geschätzt, was für Nigeria eine große logistische und finanzielle Herausforderung darstellt. Brot für die Welt appelliert an die Bundesregierung, dieses sowohl wirtschaftlich wie auch politisch wichtige Land in Westafrika bei der Entwicklung weiterhin zu unterstützen. Die neu gewählte Regierung muss ihre Verantwortung für eine Verringerung der Armut und stärkere Förderung der ländlichen Gebiete wahrnehmen, um den Menschen vor Ort nachhaltige, selbstbestimmte Lebensperspektiven zu eröffnen.

Bekämpfung von Fluchtursachen durch Brot für die Welt

Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist eine langfristige Aufgabe. Sie ersetzt nicht unsere Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen, die nach Europa kommen.

Fluchtursachen sind vielfältig, häufig beruhen sie auf fehlender Rechtsstaatlichkeit und der systematischen Verletzung der universell anerkannten Menschenrechte, sowohl der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen als auch der bürgerlichen und politischen. Darüber hinaus können unfaire Handelsbeziehungen und unternehmerisches Handeln unter Ink-

aufnahme von Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise durch Landgrabbing, zu Fluchtursachen werden. Ein weiterer Grund für die Flucht von Menschen ist die Zunahme von gewaltsam ausgetragenen Konflikten.

Brot für die Welt unterstützt Menschen in ihren Herkunftsländern, die sich für rechtsstaatliche, die Menschenrechte achtenden Strukturen einsetzen und auch auf globaler Ebene gegenüber ihren Regierungen eine Rechenschaftspflicht einfordern. Außerdem fordert Brot für die Welt auch in der Agrar-, der Handels- und Wirtschafts- und der Klimapolitik ein kohärentes Vorgehen, um zu verhindern, dass Menschen unfreiwillig ihr Land verlassen müssen. Gleichzeitig setzt sich Brot für die Welt für eine Friedenspolitik ein, die auf Prävention setzt.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Jörg Böthling (S. 1), Jan Papendieck (S. 2) **Autoren** Jan Papendieck, Sieglinde Weinbrenner **Redaktion** Maike Lukow, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Thomas Sandner, Andreas Wagner
Berlin, Oktober 2015

Geschlechtsspezifische Verfolgung

Als geschlechtsspezifische Verfolgung gelten nach der Definition des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) sexuelle Gewalt, Bildungsverbot, Ehrenmord, Zwangsabtreibung, Zwangsheirat, Zwangssterilisierung und Zwangsverstümmelungen wie die weibliche Genitalverstümmelung sowie Diskriminierung auf Basis des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung. Häufig findet die geschlechtsspezifische Verfolgung im Privaten statt, Staaten können oder wollen die Betroffenen nicht davor schützen.



1,4 Millionen Menschen sind laut UNHCR innerhalb Pakistans Binnenvertriebene, mehr als 340.000 Pakistanerinnen und Pakistaner suchen Schutz im Ausland.

49 Prozent aller Flüchtlinge weltweit sind laut UNHCR Frauen. Sie sind besonders betroffen von geschlechtsspezifischer Verfolgung in ihren Heimatländern. Zwangsheirat, Frauenhandel, Genitalverstümmelung, Vergewaltigungen oder häusliche Gewalt sind nur einige Verfolgungsarten, unter denen Frauen und Mädchen leiden. Kennzeichnend für diese spezifische Gewalt ist, dass das Geschlecht entweder den Grund für die Verfolgung darstellt oder aber die Art der Verfolgung bestimmt. Geschlechtsspezifische

Verfolgung wird nach der Genfer Flüchtlingskonvention unter dem Fluchtgrund Verfolgung aufgrund der „Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe“ anerkannt und auch das deutsche Asylrecht berücksichtigt seit 2005 frauenspezifische Fluchtursachen. Weil aber geschlechtsspezifische Verfolgung oft im familiären Bereich stattfindet, ist sie schwieriger nachzuweisen.

Es handelt sich hier um eine sogenannte nicht staatliche Verfolgung, bei der ein Fluchtgrund



Die Hälfte aller fliehenden Menschen weltweit sind Frauen. Sie sind auf ihrer Suche nach Schutz besonders gefährdet.

erst dann vorliegt, wenn der Staat unfähig oder unwillig ist, landesweiten Schutz vor der Verfolgung zu bieten und auch keine inländische Fluchtalternative existiert. Trotz der rechtlichen Anerkennung in der Theorie fehlt es jedoch oft an Sensibilität und Verständnis in der bürokratischen Praxis von Asylverfahren. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) setzt mittlerweile Sonderbeauftragte ein, wenn sich im Asylverfahren, zum Beispiel bei der Anhörung, Anhaltspunkte für geschlechtsspezifische Verfolgung erkennen lassen.

Beispiel Pakistan

Die Islamische Republik Pakistan zählt zu den Hauptherkunftsländern von Asylbewerberinnen und -bewerbern in Deutschland. Die Bevölkerungszahl wird auf etwa 200 Millionen Menschen geschätzt. Das Land grenzt im Südwesten an den Iran, im Westen an Afghanistan, im Norden an China sowie im Osten an Indien.

Seit der Islamisierungspolitik der 1980er Jahre erlebt Pakistan einen rasanten Zuwachs an religiösem Extremismus im Land und an

Koranschulen (sogenannte Madrassa), die zu einer Radikalisierung des Landes beigetragen haben. Es gibt Gesetze gegen Gotteslästerung. Religionswechsel ist für Muslime verboten. In jüngster Zeit haben Anklagen wegen angeblicher Gotteslästerung, Diffamierung des Islams und Religionswechsel auch durch staatliche Behörden stark zugenommen. Betroffen davon sind nicht nur religiöse Minderheiten wie Christen und die Ahmadiyya-Muslimgemeinde, sondern tendenziell jeder und jede. Der Vorwurf der Blasphemie wird häufig als Instrument der Austragung von politischen und wirtschaftlichen Konflikten genutzt.

Sowohl die pakistanische Verfassung als auch die Gesetzgebung und die Religionspolitik im Land verletzen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit. In Pakistan leben laut den Vereinten Nationen 17 Prozent der Bevölkerung von weniger als einem Dollar am Tag. In der Hoffnung, ein besseres Einkommen zu verdienen, ziehen immer mehr Menschen vom Land in die Armutsquartiere der Städte. Kinderarbeit ist an der Tagesordnung.

Frauen und Mädchen werden diskriminiert

Noch immer gravierend ist die Benachteiligung von Mädchen und Frauen. Sie sind vom öffentlichen Leben ausgeschlossen und werden auch innerhalb der Familien von patriarchalen Strukturen unterdrückt. Unterernährung, höhere Sterblichkeitsraten und ein höherer Anteil von Analphabeten bei Mädchen als Jungen sind die Folge. Arrangierte Ehen bis hin zu Zwangsehen sind in Pakistan übliche Praxis. Häufig führen schon reine Verdächtigungen der Untreue zu Gewalttaten gegen Frauen, gelegentlich kommen auch Ehrenmorde vor.

Obwohl inzwischen zum zweiten Mal in Folge eine demokratisch gewählte Regierung die Politik bestimmt, ist die Situation in den Kleinstädten und Dörfern immer noch von alltäglicher Gewalt gegen Frauen geprägt. Nach einer Studie einer pakistanischen Nichtregierungsorganisation wurden 2014 in der pakistanischen Provinz Punjab 7.010 Fälle von häuslicher Gewalt gegen Frauen registriert, sowie 1.700 Fälle von Kidnapping und 1.400 Vergewaltigungen. 82 minderjährige Mädchen fielen Ehren-

morden zum Opfer. Aus der Tradition begründete Praktiken, wie beispielsweise die Übergabe einer Frau oder eines Mädchens als Entschädigung für eine Mordtat an die Familie des Opfers, sind immer noch legal. Die Dunkelziffer dazu liegt sehr hoch, bisher gibt es kaum systematisch gesammelte Daten.

Dass die Rechte von Mädchen insbesondere bei der Bildung benachteiligt werden, hat die pakistanische Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai, die sich für das Recht auf Bildung von Mädchen und Frauen einsetzt, einer Weltöffentlichkeit deutlich vor Augen geführt. Am 9. Oktober 2012 wurde sie Opfer eines Attentats der Taliban, die sie aus nächster Nähe durch Schüsse in den Kopf und am Hals lebensgefährlich verletzten. Heute lebt sie mit ihrer Familie in London und setzt sich weiterhin für das Recht auf Bildung für Mädchen ein.

Was tut Brot für die Welt?

Brot für die Welt unterstützt verschiedene Organisationen in Pakistan, die sich für Geschlechtergerechtigkeit und die sozioökonomische Verbesserung der Situation von Frauen in ländlichen



Trotz der erfolgreichen Bekämpfung von Kinderarbeit und insbesondere der Ausbeutung von Mädchen in der Teppichknüpfindustrie müssen immer noch 250.000 Kinder in Pakistan und Indien arbeiten, statt ihr Recht auf Bildung wahrnehmen zu können.

Gebieten einsetzen. Die Projekte wollen nicht nur einzelnen Überlebenden von geschlechtsspezifischer Gewalt in akuten Notsituationen helfen, sondern durch lokal angepasste und sensible Bildungsarbeit, Lobbyarbeit und Vernetzung das Rechtsbewusstsein der Bevölkerung stärken und die rechtsstaatliche Praxis verbessern. Frauen werden darin unterstützt, sich zu organisieren und sich durch Schaffung von Einkommen für ihre Rechte einzusetzen und ökonomische Abhängigkeit und Armut zu reduzieren.

Was fordert Brot für die Welt?

Auch wenn es vornehmlich junge Männer sind, die in Deutschland Asyl suchen, so sollten Politikerinnen und Politiker sowie andere Entscheidungsträger sich für die Rechte von Frauen und Mädchen einsetzen. Die Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit ist ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Menschenrechte.

Bekämpfung von Fluchtursachen durch Brot für die Welt

Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist eine langfristige Aufgabe. Sie ersetzt nicht unsere Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen, die nach Europa kommen.

Fluchtursachen sind vielfältig, häufig beruhen sie auf fehlender Rechtsstaatlichkeit und der systematischen Verletzung der universell anerkannten Menschenrechte, sowohl der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen als auch der bürgerlichen und politischen. Darüber hinaus können unfaire Handelsbeziehungen und unternehmerisches Handeln unter Inkaufnahme von Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise durch Landgrabbing, zu Fluchtursachen werden. Ein weiterer Grund für die Flucht von Menschen ist die Zunahme von gewaltsam ausgetragenen Konflikten.

Brot für die Welt unterstützt Menschen in ihren Herkunftsländern, die sich für rechtsstaatliche, die Menschenrechte achtenden Strukturen einsetzen und auch auf globaler Ebene gegenüber ihren Regierungen eine Rechenschaftspflicht einfordern. Außerdem fordert Brot für die Welt auch in der Agrar-, der Handels- und Wirtschafts- und der Klimapolitik ein kohärentes Vorgehen, um zu verhindern, dass Menschen unfreiwillig ihr Land verlassen müssen. Gleichzeitig setzt sich Brot für die Welt für eine Friedenspolitik ein, die auf Prävention setzt.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Foto Jörg Böthling (S. 3), Thomas Lohnes (S. 1), Philantrophy (S. 2) **Autorin** Sieglinde Weinbrenner **Redaktion** Ansgar Gilster, Maike Lukow, Gerlind Schneider, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Thomas Sandner, Andreas Wagner
Berlin, Oktober 2015

Vertreibung durch Landraub – Was tun, wenn das Land knapp ist?

Weltweit wachsender Konsum, Energiehunger und damit wachsender Flächenverbrauch steigern den ökonomischen Wert von Land im globalen Maßstab und lassen es zur Handels- und Spekulationsware des 21. Jahrhunderts werden. Das Phänomen der Landvergabe an Investoren ohne Berücksichtigung menschenrechtlicher Standards und Verfahren ist als Landgrabbing bekannt. Doch ohne Zugang zu Land und Wasser ist ein Leben in Würde nicht möglich.



Im argentinischen Chaco, einem der artenreichsten Lebensräume der Erde, machen Vertreter des Agrobusiness den indigenen Völkern ihr Land streitig.

Laut der internationalen Land-Matrix-Initiative sind mittlerweile mehr als 62 Millionen Hektar fruchtbare Ackerfläche weltweit an Investoren vergeben oder in Aussicht gestellt. Dies entspricht etwa einem Drittel des Ackerlandes in der Europäischen Union. Die Dunkelziffer der verdeckten Landdeals ist jedoch hoch, sodass sich vermutlich noch Millionen Hektar mehr in Investorenhand befinden.

Rund 70 Prozent der Landdeals spielen sich in Subsahara-Afrika ab, in Ländern wie Äthiopien, Mosambik und Sudan. Die Investoren sind ganz unterschiedlich: Staaten auf der Suche nach

Ackerfläche in anderen Ländern, europäische und US-amerikanische Banken mit ihren Investmentfonds sowie multinationale Unternehmen, Agrarkonzerne und Handelsfirmen. Dazu zählen beispielsweise die deutsche Neumann Gruppe in Uganda, das malaysische Unternehmen Sime Darby in Sierra Leone, Liberia und Kambodscha oder die indische Karuturi Global Ltd. in Äthiopien sowie staatliche Konzerne beispielsweise aus Ländern wie China, Katar oder den Vereinigten Arabischen Emiraten. Es gehören aber auch nationale Eliten und Privatunternehmer dazu, die sich große Landflächen mit Unterstützung der Regierungen aneignen.

Die Folgen dieser Landnahme sind oft starke soziale Umbrüche, die ein hohes Konfliktpotential bergen. Die auf diesem Land lebende Bevölkerung wird vielfach zu Migration und Flucht gezwungen. Studien wie die der Economics of Land Degradation-Initiative 2015 belegen, dass bereits 1,4 Milliarden Menschen auf kaum fruchtbaren Böden leben. Da für viele von ihnen Landwirtschaft die Haupteinnahmequelle ist, gefährdet dies ihre Existenz. Der Verlust an Bodenfruchtbarkeit, auch als Bodendegradation bezeichnet, wird Schätzungen zufolge in den kommenden zehn Jahren gut 50 Millionen Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen, weil sie nicht mehr ausreichend Nahrung für sich und ihre Familien produzieren können.

Die beteiligten Regierungen versagen, wenn es um den Schutz der lokalen Bevölkerung geht. Neben dem Verlust der fruchtbaren Flächen werden auch tausende Menschen umgesiedelt oder vertrieben, weil in bestehende Nutzungs- und Eigentumsverhältnisse eingegriffen wird, um Land an Bergbau-Unternehmen oder für Infrastrukturprojekte zur Energieerzeugung zu vergeben. Auch die deutsche Rohstoff-, Energie-, Handels- und Wirtschaftspolitik hat so mit der Landnahme im globalen Süden zu tun und führt weltweit zu Vertreibung und Flucht.

Was tut Brot für die Welt?

Brot für die Welt untersucht und dokumentiert gemeinsam mit seinen lokalen Partnerorganisationen Fälle von Landraub und dessen Auswirkungen. Auf der Grundlage dieser Beobachtungen formulieren wir Forderungen, die wir an Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft vor Ort und in Deutschland richten. Außerdem unterstützen wir die Vernetzung von Partnerorganisationen aus Asien, Lateinamerika, Osteuropa und Afrika, damit sie ihre Erfahrungen im Einsatz gegen unrechtmäßige Landaneignungen durch Investoren und gegen die Zunahme von Gewalt und Unterdrückung austauschen können.

Vielfach werden lokale Initiativen, die sich gegen Großinvestitionen und damit verbundene Vertreibungen zur Wehr setzen, kriminalisiert und unter Druck gesetzt. Brot für die Welt unterstützt Landrechtsverteidigerinnen und Landrechtsverteidiger in ihrer Arbeit und setzt sich, häufig im Verbund mit anderen Partnerorganisationen, für ihren Schutz und den Erhalt, beziehungsweise die Schaffung zivilgesellschaftlicher Freiräume zur politischen Arbeit ein.

Außerdem tritt Brot für die Welt für rechtlich verbindliche internationale Regelungen ein, die Landraub und Vertreibung verhindern und von Regierungen und Investoren menschenrechtliche Standards einfordern. Dazu gehören auch die Freiwilligen Leitlinien der Welternährungsorganisation FAO zur verantwortungsvollen Verwaltung von Land, Forst und Fischgründen (VGGT).

Landraub in Sierra Leone

In Sierra Leone hat das Schweizer Unternehmen ADDAX Biofuels seit 2008 große Ackerflächen langfristig gepachtet, um auf einer Fläche von 10.000 Hektar Bioethanol für den europäischen Markt zu produzieren. Diese Flächen wurden vorher zum größten Teil von den umliegenden Dorfgemeinschaften bewirtschaftet, die Wasserquellen dienten der Trinkwasserversorgung und Bewässerung.

Durch das Addax-Projekt wurden Flächen belegt, die vorher zur Lebensmittelerzeugung dienten, und der Zugang zu Wasser behindert. Gleichzeitig wurden nur wenige Arbeitsplätze geschaffen. Die Einkommenslage hat sich für die Mehrzahl der Anwohnenden nicht verbessert, die Dorfbevölkerung ist gespalten in einige, die Hoffnung in das Projekt setzen, und andere, die ihre Lebensgrundlage schwinden und die Ernährung der Familie nicht gesichert sehen. Das Netzwerk lokaler Partnerorganisationen Sierra Leone Network on the Right to Food (SiLNoRF) sucht deswegen den Dialog mit Addax, aufflammende Konflikte konstruktiv zu lösen, Gewalt zu mindern und so vor Vertreibung und Flucht zu schützen. Die jährlichen Monitoring-Berichte zu dem Projekt werden online veröffentlicht: www.brotfueralle.ch/index.php?id=2356.

Das ADDAX-Vorhaben in Sierra Leone wird von verschiedenen Entwicklungsbanken unterstützt, unter anderem auch von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft/DEG. Zivilgesellschaftliches Monitoring und die Unterstützung der Partner in ihrer Advocacyarbeit gegenüber dem Unternehmen wie auch gegenüber der DEG durch Brot für die Welt sind deswegen wichtig.

Ziel ist es, bei dem Unternehmen und der Regierung ein Bewusstsein dafür zu schaffen, welche negativen Nebeneffekte Landinvestition haben können und wie diese aufgefangen werden können. So dürfen ansässige Bevölkerungsgruppen nicht unfreiwillig umgesiedelt oder gewaltsam vertrieben werden. Wasserläufe müssen wieder rehabilitiert und für die lokale Bevölkerung zugänglich gemacht werden, wenn sie bei der Flächenbearbeitung zerstört oder

verschmutzt wurden. Auch müssen sichere Wege für die Kinder eingerichtet werden, wenn sie durch die neuen Straßen zu den Zuckerrohrfeldern und Fahrzeuge auf ihrem Fußweg zur Schule gefährdet sind.

Dabei ist von zentraler Bedeutung, gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung, unter aktiver, freier und informierter Beteiligung von marginalisierten Gruppen, Indigenen und Frauen, Projekte und die dazu notwendigen Rahmenbedingungen zu planen und durchzuführen. Dabei ist auf nachhaltige Verbesserungen der Lebenssituation hinzuwirken, Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten langfristiger Art, nicht nur saisonal und unter prekären Bedingungen zu schaffen, Ressourcen und Umwelt nachhaltig zu schonen und gleichzeitig ausreichend Zeit für Anpassung und Möglichkeiten eines sozialen Wandels einzuräumen.

Auch in anderen Ländern wehren sich Partnerorganisationen von Brot für die Welt gegen den Ausverkauf ihres Landes und setzen sich auf verschiedenen Ebenen gegen den Landraub ein (s. Brot für die Welt (2014): Landnahme und ihre Auswirkungen auf Frieden, Sicherheit und Stabilität. Analyse 43).

Was fordert Brot die Welt?

Negative Auswirkungen von Landinvestitionen auf den Zugang zu Land müssen in allen Politikbereichen vermieden und Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden.

- Die deutsche Rohstoff-, Wirtschafts-, Klima-, Energie-, Handels und Agrarpolitik sind auf ihre negativen Effekte auf Land und Wasser und deren Verfügbarkeit für lokale Bevölkerungsgruppen hin zu überprüfen. Deutsche Politik darf nicht zu gewaltsamen Vertreibungen von Land und Zerstörung der Lebensgrundlage lokaler Gruppen beitragen.
- Unternehmen, die sich an Großprojekten beteiligen, in denen Menschen unfreiwillig oder gewaltsam von ihrem Land vertreiben werden, sind zur Rechenschaft zu ziehen.
- Öffentliche Fördergelder dürfen nicht in Großprojekte fließen, in denen in Land investiert wird. Dagegen müssen kleinbäuerliche Strukturen und ökologisch wie sozial nachhal-

tige Wirtschaftsweisen im ländlichen Raum gefördert werden. Indigene und traditionelle Lebensweisen sowie der Schutz von Frauen müssen besonders berücksichtigt und in die Politik- wie Programmgestaltung einbezogen werden, um langfristig das Leben auf dem Land zu ermöglichen und Flucht und Vertreibung zu verhindern.

Die Lebensperspektiven der ländlichen Bevölkerung müssen bei Landdeals berücksichtigt werden.

- Landpolitik muss im Sinne der zivilen Krisenprävention und Vermeidung von Gewalt, Vertreibung und Flucht systematisch in den Politikdialog sowie frühzeitig in internationale Friedensbemühungen aufgenommen werden. Das heißt, sich für eine gerechte Landpolitik einzusetzen, die vor allem Lebenschancen für in Armut lebende und marginalisierte Bevölkerungsgruppen unterstützt. Und es heißt, durch verantwortungsvolles Management der natürlichen Ressourcen Friedenspotentiale zu nutzen und sich für menschenrechtskonformes Agieren von Investoren einzusetzen. Des Weiteren müssen unfreiwillige Umsiedlung und gewaltsame Vertreibung der lokalen Bevölkerung und die Konzentration großer Landflächen in den Händen weniger unterbunden werden.
- Zivilgesellschaftliche Strukturen und deren Beteiligung an Landpolitik müssen gestärkt werden.
- Wenn Flüchtlinge in vermeintlich sichere Länder zurückkehren oder zurückgeführt werden, muss auf die Verfügbarkeit von Land und Zugang zu Ressourcen sowohl für die Rückkehrenden als auch für die ansässige Bevölkerung geachtet werden, um nicht erneut zu Konflikten beizutragen.

Im Zusammenhang einer friedenslogischen Flüchtlingspolitik müssen Landgrabbing verhindert und Konfliktursachen angegangen werden.

- Das politische Handeln Deutschlands muss einer „Friedenslogik“ anstatt einer „Sicherheitslogik“ folgen. Das heißt, dass ganz im Sinn der neuen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), sowohl alle nach innen als auch

nach außen gerichteten politischen Handlungsfelder auf eine gewalt- und krisenpräventive, friedensfördernde Politik durch Deutschland hin ausgerichtet werden müssen. Landfläche verbrauchende und Land als Spekulationsware befördernde Handlungsweisen und Politikansätze sind dabei in den Blick zu nehmen und zu verändern.

Zum Weiterlesen

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst (2015): Getting prepared for the Voluntary Guidelines on Land? Facts 45. www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Aktuell/Aktuell45-Getting_prepared.pdf

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst (2014): Land Acquisitions and Their Impacts on Peace, Security and Stability. Analysis 43. www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/Analysis_43_en.pdf

Bekämpfung von Fluchtursachen durch Brot für die Welt

Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist eine langfristige Aufgabe. Sie ersetzt nicht unsere Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen, die nach Europa kommen.

Fluchtursachen sind vielfältig, häufig beruhen sie auf fehlender Rechtsstaatlichkeit und der systematischen Verletzung der universell anerkannten Menschenrechte, sowohl der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen als auch der bürgerlichen und politischen. Darüber hinaus können unfaire Handelsbeziehungen sowie unternehmerisches Handeln unter Inkaufnahme von Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise durch Landgrabbing, zu Fluchtursachen werden. Ein weiterer Grund für die Flucht von Menschen ist die Zunahme von gewaltsam ausgetragenen Konflikten.

Brot für die Welt unterstützt Menschen in ihren Herkunftsländern, die sich für rechtsstaatliche, die Menschenrechte achtenden Strukturen einsetzen und auch auf globaler Ebene gegenüber ihren Regierungen eine Rechenschaftspflicht einfordern. Außerdem fordert Brot für die Welt auch in der Agrar-, der Handels- und Wirtschafts- und der Klimapolitik ein kohärentes Vorgehen, um zu verhindern, dass Menschen unfreiwillig ihr Land verlassen müssen. Gleichzeitig setzt sich Brot für die Welt für eine Friedenspolitik ein, die auf Prävention setzt.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Foto Florian Kopp **Autoren** Andreas Dieterich, Wolfgang Heinrich, Caroline Kruckow, Bernhard Walter

Redaktion Maike Lukow, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Thomas Sandner, Andreas Wagner
Berlin, Juni 2016

Flucht und Vertreibung in Myanmar

Jahrzehntlang herrschte eine brutale Diktatur in Myanmar. Vor allem verschiedene ethnische Minderheiten in weit abgelegenen, ländlichen Regionen wurden durch zahlreiche und systematische Menschenrechtsverletzungen durch den Staat wie Mord, Zwangsarbeit, Folter und Vergewaltigungen unterdrückt. Mehr als 400.000 Menschen sind heute noch in Myanmar als Binnenvertriebene auf der Flucht, fast eine Million Menschen ist staatenlos.



Kindern im Flüchtlingscamp wird durch den Brot für die Welt-Partner KBC der Schulbesuch ermöglicht.

Im Norden Myanmars ist die ethnische Minderheit der Kachin betroffen von Verfolgung und Flucht. Die Kachin sind hauptsächlich Christen - anders als die Mehrheit der burmesischen Bevölkerung, die den buddhistischen Glauben haben. Aufgrund vielfältiger religiöser und politischer Diskriminierung fordern die Kachin einen föderalen Staat - was sowohl der Militärregierung als auch der heute gewählten demokratischen Regierung ein Dorn im Auge war bzw. ist. Zudem beherbergt die Region, in der

die Kachin traditionell leben, wertvolle Ressourcen wie Jade, Gold, Holz und Land. Allein im Kachin Distrikt im Norden des Landes belegen geschätzte 50.000 Tote und mindestens 100.000 Binnenflüchtlinge das Ausmaß der Auseinandersetzungen zwischen staatlichem Militär und der Kachin Independent Army (KIA). Seit der Waffenstillstand im Juni 2011 nach 17 Jahren in die Brüche ging, kommt es wieder täglich zu Gefechten zwischen KIA und burmesischem Militär.



Frau Htu Bu im Flüchtlingscamp. Ihr Gesicht ist traditionell mit weißer Paste bemalt.

Nun ruhen viele Hoffnungen auf der neuen Regierung unter Aung San Suu Kyi – auch die Hoffnung auf stabile Friedensabkommen, die den ethnischen Minderheiten die Möglichkeit geben, gleichberechtigt das neue Myanmar mitzugestalten.

Leben im Flüchtlingscamp

Es bleibt Htu Bu größter Traum, wieder in ihrem Dorf zu leben. Seit fünf Jahren war sie nicht mehr dort. Htu Bu erinnert sich noch genau an den 15. Juni 2011. An dem Tag eskalierten unerwartet Kämpfe direkt in ihrem Dorf. Sie packte mit ihrer Familie das Nötigste ein und floh in die nächste größere Stadt. Dort kamen sie dann in ein Flüchtlingscamp, das auf dem Gelände der baptistischen Kirche errichtet wurde. Aus schnell zusammen gebauten Bambuswänden wurden unzählige Hütten in langen Reihen gebaut.

Myanmar ist ein Vielvölkerstaat. Die überwiegende Gruppe sind Burmesen, sie machen mit 65 Prozent den größten Anteil an der Bevölkerung aus. Doch es gibt sehr viele ethnische Minderheiten. Die über Hundert verschiedenen Sprachgruppen können sieben ethnischen Obergruppen zugeordnet werden: Den Karen, Karenni, Shan, Kachin, Chin, Arakanesen und den Mon. Diese Minderheiten stellen etwa 35 Prozent der Bevölkerung dar, bewohnen aber 60 Prozent der Landfläche, hauptsächlich in den Grenzregionen. Diese abgelegenen, ländlichen Gebiete sind besonders reich an Rohstoffen. Die meisten der ethnischen Minoritäten sind Christen oder Muslime.

Auch wenn der Buddhismus keine Staatsreligion ist, wird ihm in der Verfassung eine besondere Rolle zugestanden. Dabei spielt die enge Verbindung des burmesischen Militärs mit Teilen der buddhistischen Eliten eine besondere Rolle – vor allem in der Vergangenheit, in der die Militärdiktatur ein grausames Regiment geführt hat. Heute schüren bud-

dhistische Fundamentalisten eine feindliche Stimmung anderen Religionen gegenüber. Dieses Gemisch aus traumatischen Erlebnissen der Diktaturzeit, die teilweise feindliche Stimmung anderen Religionen gegenüber – im Fall der muslimischen Rohingya ganz besonders deutlich – sowie das wachsende Interesse an der Ausbeutung der Rohstoffe der ländlichen Regionen erzeugen eine heikle Lage. Das wird durch die diversen Rebellen-Armeen der ethnischen Minoritäten verstärkt. Wenngleich mit vielen von ihnen bereits Waffenstillstands-Abkommen vereinbart wurden, gibt es noch immer heftige Konflikte.

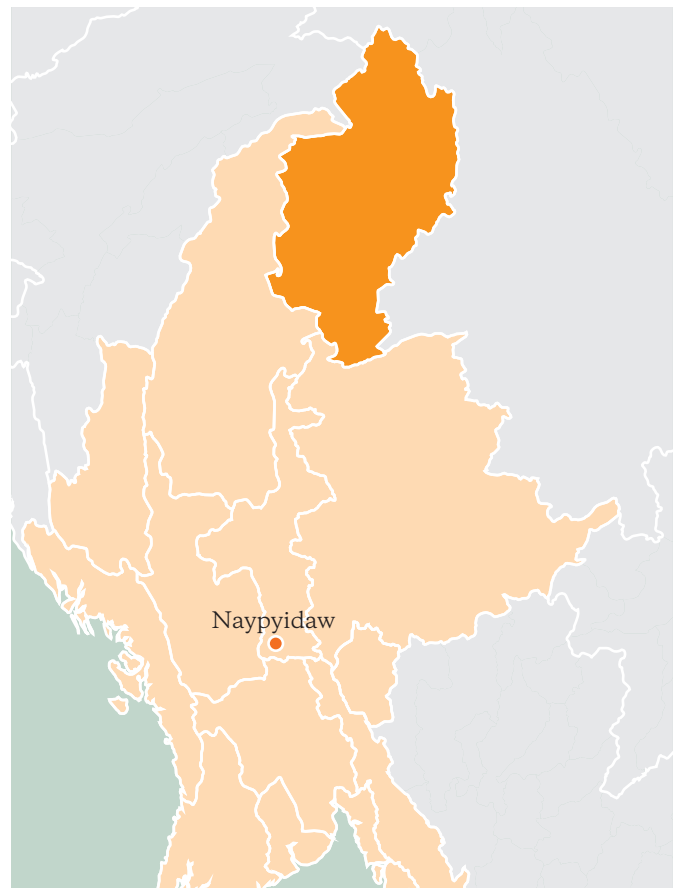
Ende August diesen Jahres soll es einen neuen Anlauf geben, alle noch bestehenden Rebellen-Armeen an einen Tisch zu bekommen. Denn den Frieden innerhalb des Landes zwischen allen Ethnien und Religionen zu Gunsten eines dringend notwendigen wirtschaftlichen Wachstums für alle herzustellen, ist eine herausragende Aufgabe der neunten Regierung unter der Führung von Aung San Suu Kyi.



Frauen verpacken im Flüchtlingscamp selbstgemachte Bananenchips in Tüten.

In ihr Dorf können sie nicht zurück, denn das ist vom burmesischen Militär besetzt. „Offiziell wird behauptet, dass burmesische Militär sei dort, um uns zu beschützen und um das Dorf nicht an die KIA zu verlieren. Ab und zu schleicht sich einer unserer Männer in die Nähe des Dorfes, um zu sehen, ob wir vielleicht zurückkehren können. Aber die burmesischen Soldaten wohnen in unseren Häusern. Unser gesamtes Vieh haben sie geschlachtet. Die Reisfelder sind inzwischen von Unkraut überwuchert. Und alle Möbel und Hausgegenstände hat das Militär mit Lastwagen aus den Dörfern gefahren. Wahrscheinlich wohnen die Familien der Soldaten in den Städten jetzt mit unseren Möbeln. Wir können nicht zurück, denn Unschuldige werden vom Militär gefangen genommen und gefoltert und Frauen vergewaltigt.“

Htu Bus Überleben im Camp ist inzwischen gesichert. Seit die Organisation KBC in dem Camp eine Frauengruppe gegründet hat, verdienen die Frauen ein kleines Einkommen: Sie schneiden Bananen und Kartoffeln in dünne Scheibchen, frittieren sie und verkaufen sie in



Kachin Distrikt im Norden Myanmars

hübsch bedruckten Tüten als Kartoffel- oder Bananen-Chips. So können die Frauen ausreichend Nahrungsmittel für sich und ihre Familie kaufen und ihre Kinder zur Schule schicken. Htu Bu ist die Leiterin der Frauengruppe: „Meine Mutter ist nach China ausgewandert. Sie würde gerne, dass ich auch dorthin komme. Aber die Frauen hier haben mich als Leiterin ausgewählt. Damit habe ich Verantwortung übernommen. Da kann ich jetzt nicht einfach weggehen.“

Flüchtlingssituation in Myanmar

Mehr als 1,53 Millionen Menschen in Myanmar gelten im Moment nach UN-Angaben schutzbedürftig, das heißt, sie sind Flüchtlinge, zurückgekehrte Flüchtlinge, Binnenvertriebene oder staatenlos. Hauptgrund für Flucht und Vertreibung in Myanmar sind bewaffnete Konflikte zwischen Minderheiten und Zentralregierung und ihrem Militär sowie Naturkatastrophen wie Zyklone und Überschwemmungen.

Binnenvertriebene in Kachin Staat und Nord-Shan	96.000
Binnenvertriebene in Rakhine	120.000
Binnenvertriebene im Süd-Osten	200.000
Menschen ohne Staatsbürgerschaft	940.000
Weitere Schutzbedürftige	170.000
Gesamt:	1.526.000

Was tut Brot für die Welt

Die Kachin Baptist Konvention (KBC) wird von der Kirche der Baptisten in Myanmar getragen. Viele Menschen der Kachin-Ethnie suchen als Christen auf den Kirchgeländen Schutz vor den Kämpfen. KBC kümmert sich darum, die Menschen in Flüchtlingscamps unterzubringen und zu unterstützen. Dazu gehört Nothilfe für die Ankommenden, aber auch die längerfristige Arbeit, zum Beispiel durch Ausbildungen und Schulbesuche.

Projekträger: Kachin Baptist Convention (KBC)

Finanzierungsbeitrag: 50.000 Euro Spendengelder, 150.000 Euro Gelder vom BMZ

Was erreicht wurde: Das Projekt wird vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2016 gefördert. Davon wurden Schulungen zur Berufsausbildung durchgeführt, sodass beispielsweise Ausgebildete eine Arbeit als Schreiner gefunden haben. Insgesamt wurden 15 Selbsthilfegruppen gegründet, die Waren wie getrocknete Bananen- oder Kartoffelchips produzieren und verkaufen. Flüchtlingskindern wurde der Schulbesuch vor Ort ermöglicht. Insgesamt wurden bisher rund 15.200 Personen erreicht, die in 20 Camps leben.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Flüchtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Flüchtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Thomas Lohnes **Autorin** Mirjam Dubbert **Redaktion** Maike Lukow, Sophia Wirsching

V.i.S.d.P. Thomas Sandner, Andreas Wagner
Berlin, Juni 2016